Krakauer Zeitung.

Nr. 39. Samstag den 17. Februar 1866.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Nr. 581.

Die Gutsherrschaft von Krzeczów (Krakauer Kreises) hat Behufs Dotirung einer Trivialschule in Krzeczów das zur Aufführung eines neuen Schulhauses erforderliche Bauholz um den halben Verkaufspreis zugesichert und sich verbindlich gemacht, zur Beheizung des Schulzimmers jährlich zwei Klafter Holz unentgeltlich zu verabfolgen.

Dagegen hat die Gemeinde Krzeczów im erwähnten Zwecke nachstehende Verbindlichkeiten übernommen:

1. Zum Unterhalte des Lehrers jährlich 185 fl. ö. W. im Baren beizutragen.
2. Das unter die Grundwirthe von Krzeczów, Rzczawa und Jodłówka gegen 5 % Interessen ausgeliehene Gemeindecapital von 210 fl. 32 kr. ö. W. zum Ankaufe von drei Grundentlastungs-Obligationen zu 100 fl. zu verwenden, wovon die entfallenden Interessen per 15 fl. ö. W. zur Dotation des Lehrers hinzuzurechnen sein werden.
3. Ein angemessenes Schulhaus zu erbauen, dasselbe stets im guten Stande zu erhalten, die nöthigen Schuleinrichtungsstücke anzuschaffen und für die Schulsäuberung Sorge zu tragen.
4. Zur Schulbeheizung jährlich 10 fl. ö. W. zu zahlen und das hiefür angekaufte Brennholz, so wie auch die von der Gutsherrschaft zugesicherten zwei Klafter unentgeltlich zu fällen und zuzuführen.

Dieses an den Tag gelegte Streben nach Förderung der Volksbildung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 9. Februar 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Oberstlieutenant-Auditor Georg Kalmár als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Curator des österreichischen Museums für Kunst und Industrie Ferdinand Friedland als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 26. Jänner d. J. dem Doctor der Medicin und praktischen Arzte Demeter Argenti in Anerkennung seiner dreißigjährigen ersprießlichen Thätigkeit auf dem Felde der Heilkunde den Titel eines königlichen Rathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. October 1865 und 1 Februar 1866 dem Ernst Grafen Waldstein-Wartemberg, Albert Grafen Nostiz-Rhinek, Albrecht Grafen Kaunitz, Franz Altgrafen Salm, Friedrich Zdekauer Ritter v. Treukron, Clemens Bachofen v. Echt, A. Lanna, Johann Münzberg, A. Eyßert und Carl Georg Fröhlich die angesuchte Concession zum Baue und Betriebe der böhmischen Nordbahn (ausgehend von der k. k. priv. Turnau-Kralup-Prager Eisenbahn zwischen Jung-Bunzlau und Backofen über Böhmisch-Leipa nach Rumburg in Verbindung mit einer Bahn einerseits über Bensen nach Bodenbach und anderseits nach Warnsdorf) allergnädigst zu ertheilen und die bezügliche Concessionsurkunde mit der Allerhöchsten Namensfertigung zu versehen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf den Gang und auf das Resultat der Adreßdebatte im ungarischen Landtag dürfte die Rede sein, welche Statthaltereivicepräsident Bartal bei Eröffnung der Discussion in der Sitzung vom 15. d. M. gehalten. Ein Telegramm des Correspondenz-Bureau meldet: Pest, 15. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel hielt Bartal nach Erledigung von mehreren Formalien eine dreistündige Rede, in welcher er die Einheit der Ministerien für Krieg und das Auswärtige, und eine gemeinsame constitutionelle Controle durch einen „Congreß" verfocht. Dieser soll auf Grund der Parität aus jährlich zu wählenden Regnicolardeputationen des Vertretungskörpers der deutsch-slavischen Provinzen und des ungarischen Landtages bestehen, durch keine Instruction gebunden, zu öffentlicher Verhandlung und namentlicher Abstimmung verpflichtet und mit entscheidendem Votum versehen sein. Jede Modification des hierauf bezüglichen pactum conventum soll von neuen Landtagstractaten, jede Erweiterung des Wirkungskreises dieses Congresses vom Votum der Majorität des ungarischen Landtages abhängig sein. In der Einleitung gibt der Redner das Recht, die restitutio in integrum zu verlangen, bestreitet aber, daß dieses Recht jederzeit und sofort geltend gemacht werden dürfte. (Die heutige „Debatte" theilt bereits den Wortlaut dieser Rede mit; dieselbe füllt nicht weniger als achtzehn Spalten dieses Blattes.)

Ein Pester Telegramm des „Neuen Fremdenbl." vom 15. d. meldet: In der heutigen Unterhaussitzung waren die Mitglieder vollzählig erschienen und die Galerien dicht gefüllt. Der Tavernicus, die Landeswürdenträger und Magnaten waren in großer Zahl anwesend. Der Statthalterei-Vicepräsident Bartal sprach drei Stunden. Die Adresse müsse die Concessionen Ungarns genau präcisiren; gemeinsame Angelegenheiten seien: Auswärtiges, internationale Handelssachen, Staatsschulden, Kriegsleitung und Finanz-Bedürfnisse der Reichsangelegenheiten. Steuereinheit sei eine unmögliche Forderung. Die Forderung bezüglich des Kriegswesens verhindert den Ausgleich, wenn der Landtag das Recrutirungsrecht aufrecht erhält. Eine Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten sei die beschlußfähige Rechtsdelegation (auf Grundlage der Parität), die keine Instructionen erhalte, aber jährlich zu wählen wäre. Das ungarische Ministerium, die sofortige Verwirklichung der Rechtscontinuität, die Municipalrestauration, der Revisionsmodus der 1848er Gesetze erhalten vom Redner nicht directe Zustimmung. — Folgt eine starke Recrimination über das gestürzte Regime. Das Unterhaus hörte aufmerksam zu bis zum Schluß. Die Rechte gratulirt dem Redner allgemein, das Centrum hielt sich reservirt, die Linke mißbilligend. Morgen sprechen Madarasz (äußerste Linke) und Baron Eötvös (Centrum). Als Redner sind vorläufig aufgezeichnet von der äußersten Linken: Kallay, Patocky; vom Centrum: Trefort, Lonyay, Somsich, Gorove, Andrassy, Toth, Lorencz; von der Linken die beiden Tisza, Gyczy, Simonyi, Nyary, Varady, Vonas, Keglewich.

Die „Wiener Abendpost" äußert sich mit großer Befriedigung über die Rede des Statthaltereivicepräsidenten Bartal, mit welcher er die Adreßdebatte im ungarischen Landtage eröffnete. Die Bedeutsamkeit dieser Kundgebung, schreibt das erwähnte Blatt, wird Niemanden entgehen. Mehr als ein treffendes und treffliches Wort hat den Beweis geliefert, daß es in den Reihen der ungarischen Abgeordneten an Männern nicht fehlt, welche sich einen offenen Blick für die allgemeinen Interessen des gemeinsamen Vaterlandes bewahrt haben, und es mag als ein gutes Zeichen gelten, daß die Erörterung der Adresse gerade von solcher Seite begonnen wurde. Mag das Positive der Ausführungen des Herrn von Bartal hinter manchen berechtigten Wünschen zurückbleiben, gewiß ist, daß der Geist, der diese Ausführungen durchweht, die Verständigung verhältnißmäßig leicht macht, und wir könnten nur wünschen, daß er ein möglichst allgemeiner werden, daß er die Debatte im Ganzen beherrschen würde. Ohne Zweifel wird die Rede des Herrn von Bartal maßgebend werden für den Ton und das Object der nachfolgenden Auseinandersetzungen.

„Pesti Hirnök" spricht den Mitgliedern der Rechten des Abgeordnetenhauses Muth zu, daß sie mit den Bemerkungen, welche sie bezüglich des Adreßentwurfes unter vier Augen machen, auch öffentlich hervortreten mögen; namentlich erwartet er von ihnen ein Amendement, welches die Forderung der Wiederherstellung des Ministeriums und der Municipien vor der Revision beseitigt.

Ein auf die Politik Bismarck's bezüglicher Leitartikel, welchen „Pesti Naplo" vor Kurzem brachte, enthielt u. A. folgende Bemerkung: Die „Nordd. Allg. Z." möge es noch so sehr in Abrede stellen, so ist dennoch wahr, daß seit einigen Tagen vertraute Agenten der preußischen Regierung in Pest-Ofen ein- und ausgehen und obwohl es eine handgreifliche Lüge ist, daß diese läpperischer Weise bestrebt gewesen wären, wen immer zum Widerstande anzureizen, so ist doch authentisch bekannt, daß das preußische Cabinet von der ungarischen Stimmung und der wahrscheinlichen Entwickelung der ungarischen Sache auf das genaueste unterrichtet ist. — Diese Entdeckung, fügt „P. Hirnök" hinzu, ist mit der traditionellen Politik der Preußen vollkommen im Einklang und wir halten Bestechungs-Versuche durchaus für nicht unmöglich. Ebenso haben sie es auch im Jahre 1790 gemacht und es gelang ihnen, eine solche Oppositionsbewegung hervorzurufen, daß die Krone genöthigt war mit den Türken Frieden zu schließen und Belgrad und die Donaufürstenthümer ohne Schwertstreich zurückzugeben. Die Preußen lachten sich in's Fäustchen und die ungarische Opposition sah beschämt, daß sie sich der preußischen Intrigue zum Schaden unseres Vaterlandes als schnödes Werkzeug hingegeben hat.

Ueber den muthmaßlichen Inhalt der Magnatenadresse bringt ein Theil der Pester Presse nach und nach bemerkenswerthe Andeutungen. In dieser Richtung ist das offene Schreiben des Grafen Stephan Szapary an „M. Vilag" signalisirt worden. In diesem Brief, welcher zunächst constatirt, daß der gestrige Beschluß der Magnatentafel im „königlichen" Ofen einen günstigen Eindruck gemacht habe, wird auch gesagt, was von der Sonderadresse erwartet wird. Wenn dieselbe nur das sagen werde, was in der Deputirtenadresse enthalten ist, so wären die zwei Conferenzen der hohen Stände nur trop de bruit gewesen. Es wird also von der Adresse der Magnaten etwas anderes erwartet und was dies sei, wird in folgenden Zeilen angedeutet, welche um so mehr Achtung verdienen, da sich darin allem Anschein nach eine maßgebende Stimme vernehmen läßt. „Es wird — heißt es darin — von der Magnatentafel erwartet, daß sie der weisen Politik unserer Ahnen getreu sei und auch die Deputirten auf unsere Ahnen hinweise, welche uns unser Vaterland erhielten, trotzdem sie unter schweren und außerordentlichen Umständen, wenngleich unter feierlicher Verwahrung, großmüthig Opfer brachten, ohne dadurch die Fundamentalrechte des Vaterlandes zu verkürzen. Hievon geben Zeugniß der 63. Artikel 1751, dann das Verfahren der Landtage 1796, 1802, 1805, 1807 und 1808, welche unter strenger Rechtsverwahrung, daß daraus in Zukunft keine Schlußfolgerungen gezogen werden können, zum gemeinschaftlichen Wohl des Vaterlandes und des Thrones sich über den starren Buchstaben zu erheben wußten." Wir irren kaum, wenn wir annehmen, daß in diesen Zeilen die Andeutung einer Rechtsverwahrung gegeben sei, welche im Verein mit Concessionen zum Inhalt der Sonder-Adresse gehören wird.

Wie ein Wiener Telegramm der „Boh." meldet, sollen sofort nach Entgegennahme der Adresse dem ungarischen Landtag die königlichen Propositionen über die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten vorgelegt werden.

Nach Berichten aus Agram wären die Mitglieder jener Deputation, welche mit den Ungarn pactiren wird, bereits ernannt und soll jetzt nur von Pest die Nachricht abgewartet werden, wann und wo das Rendezvous stattfindet. Die Croaten verlangen, daß es jedenfalls an einem neutralen Orte, etwa in Laibach oder Graz, stattfinden soll.

Die „Debatte" wendet sich gegen die von der „Ostdeutschen Post" gebrachten Gerüchte von einer Ministerkrise und sagt: „Bei dem Umstande, als eine solch positiv auftretende Nachricht die weitesten Kreise in Spannung zu versetzen geeignet ist, ließen wir es uns angelegen sein, in hiesigen maßgebenden Kreisen Erkundigungen hierüber einzuziehen. So viel wir nun vernehmen, liegt zur Stunde gar nichts vor, was die erwähnte Mittheilung der „Ostdeutschen Post" irgendwie auch nur im entferntesten als begründet erscheinen lassen könnte."

Krakau, 17. Februar.

Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses werfen interessante Streiflichter auf die Herzogthümerfrage und auf die Art und Weise wie Preußen seine dortige Stellung auffaßt. In der Marine-Commission des Abgeordnetenhauses hob, wie unterm 15. d. berichtet wird, Virchow bei Begründung des Antrages auf Ablehnung der Marineanleihe hervor, die Regierungsvorlage spreche von dem unbeschränkten Besitze des Kieler Hafens, während laut Artikel 2 des Gasteiner Vertrages österreichische Schiffe daselbst stationiren können und überhaupt nur noch von Kiel als Bundeshafen die Rede sei. Der Regierungs-Commissär Jacobs erwiderte, Kiel sei factisch im unbeschränkten Besitze Preußens, die Stationirung österreichischer Schiffe hänge von preußischer Gewalt ab, da Preußen im Besitze der Kieler Festung sei. Der Regierungs-Commissär Abeken erklärte, auch wenn Kiel seinerzeit Bundeshafen werden sollte, werde dies nur erst nach Erfüllung der preußischen Forderungen geschehen.

Die Berliner „Bank- und Hand.-Z." weiß ihren Lesern in diesem Augenblick nichts Besseres und Pikanteres aufzutischen, als die Nachricht, daß Oesterreich plötzlich sich geneigt zeige, an Preußen Zugeständnisse bezüglich einer Abänderung der Gasteiner Convention zu machen. Eine ernstliche Widerlegung dieser Nachricht, schreibt die „Debatte", halten wir für überflüssig, denn wir sind überzeugt, daß sie selbst in solchen Kreisen keinen Glauben fand, wo man erfreut wäre, wenn sie sich bestätigte. Oesterreich wird nicht nachgeben, weil es nicht nachgeben kann und darf im Hinblicke auf seine eigene Stellung und auf die Interessen Deutschlands, die es zu wahren übernommen hat. Man scheint in Berlin in dem Wahne zu leben, Oesterreich lasse sich in seinem Vorgehen von ähnlichen Motiven leiten, wie Preußen. Wäre dies der Fall, dann könnte man vielleicht heute von einem Nachgeben reden, während man noch gestern für energischen Widerstand gestimmt war, denn die Politik des Egoismus und der momentanen Gelüste ist auch den Stimmungen des Augenblicks unterworfen. Oesterreich befolgt aber eine solche Politik nicht und darum hofft Graf Bismarck vergebens auf einen Liebesdienst von Wien. Uebrigens glauben wir auch nicht, daß Graf Mensdorff geneigt sein dürfte, Herrn v. Bismarck die Hand zu reichen, wo letzterer den Boden unter den Füßen verloren hat. Von einer diplomatischen Retirade Oesterreichs, schreibt ein Wiener Correspondent der „H. B.-H.", kann fürder nicht die Rede sein, nachdem man sich einmal entschlossen, eine Bekümmerung und Einmengung Preußens bezüglich der inneren Verhältnisse Holsteins als einen Eingriff in die durch den Gasteiner Vertrag erworbenen Rechte zurückzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, einen Conflict mit dem Berliner Hofe herbeizuführen. In den orientirtesten Wiener Kreisen wird viel mehr an die Wahrscheinlichkeit des Rücktrittes des Trägers der gegenwärtigen gefährlichen Politik Preußens, als an die Verfolgung dieser letzteren bis in ihre letzten verhängnißvollen Consequenzen geglaubt.

Die „Wiener Abendpost" bemerkt zu dem Artikel der „Hamburger Nachrichten" über Preußens Project einer Personal-Union, daß, so lange der Gasteiner Vertrag zu Recht besteht, solche einseitige Auffassung ohne des Mitbesitzers Zustimmung keine praktische Bedeutung haben könne. „Es ist ja selbstverständlich", bemerkt die „N. Pr. Z.", „daß Preußen sich jedenfalls mit Oesterreich in Bezug auf dessen Rechte als Mitbesitzer auf die eine oder die andere Art auseinandersetzen muß." Es frägt sich nur, ob Preußen in die Lage kommen wird, eine solche Auseinandersetzung zu pflegen.

Die „Kreuzzeitung" weiß neuestens zu erzählen, daß Preußen aus Anlaß der letzten Vorgänge in Holstein zwei Beschwerden erhoben habe, einmal unmittelbar nach der Altonaer Massenversammlung, dann Angesichts der Einzelversammlungen, auf welchen über die Ereignisse in Altona Bericht erstattet worden. Die „Kreuzzeitung" ist unrecht berichtet. Preußen hat, so meldet die „Debatte", in Wien nur eine einzige Beschwerde vorgebracht und Oesterreich hat mithin auch nur einmal sich darauf zu äußern Gelegenheit gehabt. — In Betreff der Berufung holsteinischer Notablen zur Berathung des Landesbudgets ist noch kein Beschluß gefaßt und jede bezügliche Meldung verfrüht.

Der hanseatische Ministerresident, Dr. Geffken in Berlin, benachrichtigt die „Nordd. Allg. Ztg.", ihm sei von einer Adresse der Altonaer Massenversammlung nichts bekannt, er auch selbstverständlich nicht in der Lage, eine seinerseits durch nichts motivirte Manifestation entgegenzunehmen.

Der Mittheilung, daß der Adlatus des Generals Gablenz, Herr Hofrath Hofmann, seine Entlassung aus seiner gegenwärtigen Stellung begehrt habe, wird entschiedenst widersprochen.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht eine Note, welche Herr Sammer an Se. Excellenz den großh. badischen Bundestagsgesandten Herrn Freiherrn v. Mohl in Frankfurt a. M. am 3. v. M. gerichtet hat mit der Bitte, dieselbe dem k. k. Bundespräsidialgesandten übergeben zu wollen, eine Note, welche, wie die „Kreuzzeitung" beißend bemerkt, beweisen soll, daß Herr v. Sammer in voller Function ist und mit seinem Bundesgesandten, ja, dem Bundestags-Präsidenten, im Verkehr steht. Die Note beschwert sich gegen die preußisch-schleswigsche Verordnung, durch welche dem Erbprinzen von Augustenburg der Herzogtitel abgesprochen wird und ist ferner gegen die Behauptung gerichtet, daß der Verzicht des Herzogs Christian auch den Herzog Friedrich (Sohn) verpflichte. Aus der beigefügten Denkschrift des Herzogs Christian von Augustenburg über die wahre Bedeutung seines Abkommens mit der dänischen Regierung von 1852 führt die „Köln. Ztg." nur eine Stelle an. Der Herzog erklärte in der bekannten Acte, daß er seinen Aufenthalt außerhalb der dänischen Monarchie zu nehmen, innerhalb der dänischen Monarchie kein Grundeigenthum zu erwerben, sowie den Beschlüssen des Königs über die Ordnung der Erbfolge nicht entgegentreten zu wollen für sich und seine Familie verspreche. Dies wird in der Denkschrift folgendermaßen interpretirt: „Der Herzog erklärte, seinerseits nichts dagegen einzuwenden, wenn Mitglieder seiner Familie die gleiche Verpflichtung übernehmen würden, und hielt diese Möglichkeit durch die Clausel „für mich und meine Familie" offen."

Ein Pariser Telegramm des „N. Frdbl." will von einem Handschreiben des Kaisers Napoleon an den

König von Preußen wissen, welches vertrauliche Rathschläge hinsichtlich der demokratischen Gährungen in Deutschland, deren Umfang dem Kaiser durch seine Agenten im grellsten Lichte dargestellt wurde, enthalten soll.

Berichte aus Italien, die in Paris eingetroffen sind, besagen, daß dort die finanziellen Fragen in eine Parteifrage auszuarten drohen. Alle die verschiedenen Parteien seien entschlossen, ihr eigenes finanzielles Programm dem Parlamente vorzulegen, und es sei vorauszusehen, daß diejenige Fraction ans Ruder gelangen werde, deren Vorschläge am praktischsten befunden würden.

Die Florentiner Journale müssen eingestehen, daß die Nachrichten aus den Provinzen kläglich lauten, tagtäglich kommen Meldungen von Ruhestörungen, namentlich in dem Königreiche beider Sicilien und in der Lombardei. Diese Unordnungen sind gegen die schon bestehenden und gegen die in Aussicht gestellten Besteuerungen gerichtet. Die „italienische Correspondenz" meint aber, daß die Steuerlast nicht der einzige Grund dieser Aufregung sei.

Laut telegraphischer Nachricht aus St. Petersburg werden dort außer dem russischen Botschafter in Berlin, Hr. v. Oubril, Graf Stackelberg, russischer Botschafter zu Wien, in der künftigen Woche erwartet. (Der russische Botschafter in Paris, Baron Budberg, ist gleichfalls nach Petersburg berufen und bereits am 13. durch Berlin gekommen.) Das Obercommando über die an der Gränze der Donaufürstenthümer concentrirten Truppen ist dem General-Adjutanten des Kaisers, v. Kotzebue, übertragen worden.

Die drei Schutzmächte von Athen haben endlich ein Circular an ihre respectiven Gesandten beim Hofe Griechenland gerichtet, in welchem sie mit energischen Maßregeln drohen, falls nicht bald Ordnung und Ruhe in Griechenland hergestellt wird. Wir erwähnen dieser gestern gebrachten Nachricht auf's Neue um zu constatiren, daß die russische Regierung ihre gegen diesen Schritt gerichteten Bedenken endlich aufgegeben hat. Bekanntlich haben officiöse russische Organe jede auf Intervention gerichtete Absicht der Regierung beharrlich in Zweifel gestellt.

Nach Berichten aus Constantinopel hat am 13. d. die officielle Eröffnung der internationalen Sanitäts-Conferenz stattgefunden. Aali-Pascha hat eine Rede gehalten. Die regelmäßigen Sitzungen werden den ersten Montag nach dem Bairam beginnen.

Die Nachricht, daß der König von Griechenland sich zum Zweck seiner Vermälung aus seinen Staaten entfernen wollte, wird in Berliner Blättern als unzutreffend bezeichnet. Vielmehr wird versichert, daß der König den Entschluß hegt, auf seinem Throne auszuharren und seine Aufgabe zu erfüllen. Auch soll sich der König jede Intervention der Schutzmächte, falls dieselbe irgend einen demonstrativen Charakter annehme, verbeten haben.

Sennor E. Cortina, der erste Secretär der spanischen Gesandtschaft in London, erklärt in den Zeitungen amtlich, daß er die Existenz des angeblich von Admiral Pareja unmittelbar vor seinem Selbstmorde geschriebenen Briefes — worin dringend zum Friedenschluß mit Chili gerathen wurde — in Abrede stellen müsse. Die spanische Regierung sei im Besitz der Correspondenz von der spanischen Flotte bis zum 18. December, habe jedoch weder den Brief Parejas noch irgend eine Mittheilung erhalten, die zur Annahme führen könnte, daß ein solcher Brief geschrieben worden sei.

Die angesehensten Kaufleute der mexicanischen Stadt Matamoros, heimische und fremde, haben, wie ein New-Yorker Telegramm meldet, einen Protest gegen das Verfahren der nordamerikanischen Bundesbehörden in Texas unterzeichnet, worin letzteren die Hauptschuld an den vorgefallenen Ereignissen beigemessen wird. Die Consuln Frankreichs, Spaniens und Preußens geben dazu ihre Ansicht ab, daß der Protest stichhaltig sei.

Die jüngsten Nachrichten aus Südamerika bestätigen, daß die englisch-französischen Vermittlungsversuche in der spanisch-chilenischen Angelegenheit wenig Hoffnung haben, am stillen Meere günstig aufgenommen zu werden. Chili sowohl wie Peru scheinen auf die Unterstützung der vereinigten Staaten zu bauen, die soeben ein Panzerschiffgeschwader in die chilenischen Gewässer entsandt hatten. Dennoch ist dabei in Betracht zu ziehen, daß der chilenische Gesandte in Paris, Herr Rosalès, wie man der „K. Z." meldet, dabei beharrt, daß sein Gouvernement angemessenen Vermittlungs-Vorschlägen ein gutes Ohr leihen werde und daß nach ihm die Anwesenheit der amerikanischen Escadre sich nur auf den Schutz der nordamerikanischen Interessen in jenen Gegenden bezieht.

Landtagsverhandlungen.

[32. Sitzung des galizischen Landtages am 12. Februar 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnete die Sitzung um 11¾ Uhr Vorm.

Anwesend: 110 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung wird eine vom Grafen Golejewski an den Herrn Regierungs-Commissär gerichtete Interpellation vorgelesen, welche frägt, was für Maßregeln die k. k. Regierung zu ergreifen beabsichtigt, um ähnlichen Raubanfällen, wie unlängst einer in dem Marktflecken Jezierzany im Czortkower Kreise von 12 berittenen und bewaffneten Räubern gegen den Israeliten Judka verübt wurde, in Hinkunft vorzubeugen. Die Räuber haben die Gränze des österreichischen Staates überschritten und sollen dem Vernehmen nach aus den ehemaligen polnischen Provinzen gekommen sein.

Der k. k. Regierungs-Commissär erwidert, das in der Interpellation erwähnte Factum sei der Regierung bekannt und die strengste Untersuchung sei anläßlich desselben eingeleitet worden. Eben heute wurde das dortige Bezirksamt von der k. k. Statthalterei urgirt; das Ergebniß wird dem h. Hause ungesäumt mitgetheilt werden.

Secretär Grocholski theilt mit, daß der Landmarschall den Abg. Czechura, Kobak, Koroluk, Łapiczak, Otynger, Ruczka, Kozioł, Ławrynowicz, Staruch, Rusiecki und Nehrebecki einen 8tägigen Urlaub ertheilt hat. Erzbischof Szymonowicz entschuldigt seine Abwesenheit durch Krankheit.

Folgt die Vorlesung der neuerdings eingelaufenen Petitionen.

Ueber Antrag des Grafen Badeni wird beschlossen, die Commission für das Wassergesetz in Anbetracht der Wichtigkeit und Schwierigkeit des Gegenstandes durch zwei Mitglieder zu verstärken, diese Commission wird daher nicht aus 5, sondern aus 7 Mitgliedern bestehen.

Die Abg. L. Graf Wodzicki und v. Gniewosz legen mit Berufung auf die Geschäftsordnung ihre Function als Revidenten der stenographischen Berichte nieder und ersuchen um die Einleitung der Wahl an ihre Stelle.

Es wird zur Wahl der noch fehlenden 4 Mitglieder in die Wasserrechts-Commission und zweier Revidenten geschritten. Zum Scrutinium der ersten Wahl werden die Abgeordneten Fürst Sanguszko, Trzecieski, Kaczała, Graf Russocki, Kaczkowski und Graf Baworowski, zum Scrutinium der Revidentenwahl die Abg. Agopsowicz, Tarczanowski und Rogaliński bestimmt.

Hierauf wird zur Specialdebatte über den Entwurf der Gemeindeordnung für die Stadt Krakau geschritten.

Der Referent der Commission für die städtischen Gemeindeordnungen, Dr. Zyblikiewicz, zeigt an, daß die Commission in Gemäßheit der ihr vom Herrn Regierungs-Commissär ertheilten Andeutungen einige Aenderungen in dem Entwurfe der Gemeindeordnung vorgenommen hat, und erklärt, die Commission werde auch auf weitere Aenderungen gerne eingehen, um nur wie am baldigsten die a. h. Sanction der Gemeindeordnung für die Stadt Krakau zu erlangen.

Im Verlaufe der Debatte werden folgende Paragraphe theils nach den Anträgen der Commission, theils durch Annahme der gestellten Amendements beschlossen.

„1. Abtheilung. Von der Gemeinde und ihrem Territorium, von den Einwohnern und ihrem Verhältnisse zur Gemeinde.

Titel 1. Von der Gemeinde, der Gemeindeordnung und deren Aenderung. — §. 1. Die bleibende angesiedelte Bevölkerung Krakau's bildet die Gemeinde der Stadt Krakau. — §. 2. Die Gemeinde der Stadt Krakau wird nach dem gegenwärtigen Statute durch einen aus ihrer Mitte gewählten Rath verwaltet. — §. 3. Aenderungen dieses Statutes können nur im Wege der Landesgesetzgebung erfolgen.

Titel 2. Von dem Territorium der Gemeinde. §. 4. Das gegenwärtige Statut ist für das ganz Territorium der Stadt Krakau giltig.

Titel 3. Von der Benennung der Stadt und deren Theilnahme an der Landesvertretung. §. 5. Die Gemeinde behält die Benennung der königlichen Hauptstadt Krakau, sowie die bisherigen Farben und das städtische Wappen. — §. 6. Die Theilnahme der Gemeinde an der politischen Vertretung des Landes wahrt die Verfassungs-Urkunde und die Landesordnung.

Titel 4. Von den Einwohnern der Stadt. — §. 6. Die Einwohner der Stadt Krakau theilen sich in Gemeindeglieder und Fremde, §. 7. Gemeindeglieder sind: 1) Personen, welche in der Krakauer Gemeinde das Zuständigkeitsrecht besitzen; 2) Theilnehmer, d. i. Personen, welche zur Krakauer Gemeinde nicht zuständig sind, wenn sie innerhalb der Gränzen dieser Gemeinde ein unbewegliches Vermögen besitzen, oder wenn sie von einer selbstständig ausgeübten Erwerbsunternehmung oder von dem Einkommen directe Steuern in der Krakauer Gemeinde entrichten.

Unter diesen Bedingungen gehören zu Theilnehmern der Krakauer Gemeinde auch Corporationen, Vereine, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen. Alle anderen Personen sind Fremde in der Gemeinde. — §. 8. Die Verhältnisse der Gemeindezuständigkeit bestimmt das Gesetz vom 3. Dec. 1863 (R. G. Bl. Nr. 105.). — §. 9. Vor der über eigenes Ansuchen erfolgten Aufnahme in die Gemeinde wird zu Gunsten des Stadtfondes die Gebühr von 10, 25 oder 50 fl. ö. W. entrichtet, welche der Stadtrath nach Maßgabe des Vermögens des Aufgenommenen bestimmt.

Titel 5. Von den Rechten und Pflichten der Einwohner. — §. 10. Alle Einwohner der Stadt haben im Allgemeinen das Recht: a) auf die Sicherheit der Person und des im Gebiete der Stadt befindlichen Eigenthums; b) auf die Benützung der zum öffentlichen Gebrauche bestimmten Objecte und Anstalten. — §. 11. Die Gemeindeglieder haben das Recht: a) zum bleibenden Aufenthalte im Gebiete der Gemeinde; b) zur Verwaltung der in diesem Statute bezeichneten Gemeindeangelegenheiten. — Die zur Gemeinde Zuständigen haben außerdem das Recht auf Unterstützung aus den Gemeindemitteln im Falle der Verarmung und Krankheit, oder der Arbeitsunfähigkeit, gemäß den betreffenden Einrichtungen. — §. 12. Die Fremden haben das Recht sich in der Gemeinde aufzuhalten, so lange sie die Gesetze nicht übertreten oder nicht der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last fallen.

Sollte sich der Fremde durch irgend eine Verordnung der Gemeinde in dieser Hinsicht gekränkt fühlen, so steht ihm das Recht der Berufung an die politische Landesstelle zu. — §. 13. Jedermann in der Gemeinde muß sich den von der Gemeinde-Obrigkeit innerhalb des ihr gesetzlich eingeräumten Wirkungskreises erlassenen Anordnungen fügen und zugleich zu den Gemeindelasten in Gemäßheit der diesbezüglich giltigen Vorschriften beitragen: die Gemeindeglieder haben überdies die besondere Pflicht zur Bekleidung der Aemter oder Erfüllung jener Dienste, zu welchen sie durch die Wahl der Gemeinde oder ihr Vertrauen berufen werden. — §. 14. Das gegenwärtige Statut berührt weder die Rechtsverhältnisse der Privatpersonen im Allgemeinen, noch insbesondere die Rechte des Eigenthums und der Benützung, welche entweder einzelnen Personen, oder ganzen Classen der Einwohner, Vereinen oder Corporationen zustehen.

II. Abtheilung. Vom Wirkungskreise der Gemeinde. — Titel 6. Von der Eintheilung des Wirkungskreises.

§. 15. Der Wirkungskreis der Gemeinde ist zweifach: A. der eigene, B. der übertragene. — Im eigenen Wirkungskreise beschließt und verfügt die Gemeinde unabhängig und autonom nach dem gegenwärtigen Statute unter Beobachtung der Gesetze. — Die Gesetze bestimmen den übertragenen Wirkungskreis der Thätigkeit der Gemeinde und ihre Pflicht zur Theilnahme an den Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung.

§. 16. In den eigenen Wirkungskreis der durch ihre Organe wirkenden Gemeinde gehört:

a) Aenderung des Territoriums und der Gemeindeordnung, b) Zuerkennung des Rechtes der Gemeinde-Zuständigkeit, c) Bestellung der städtischen Aemter, d) Verwaltung des Gemeindevermögens, e) Bemessung der Gemeindeabgaben, f) Sorge für die Sicherheit der Personen und ihres Eigenthums, g) Sorge für die Erhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brücken, ferner für die Sicherheit und Leichtigkeit der Communication auf den Wegen und Flüssen, endlich die Feldpolizei, h) Sorge für die Approvisionirung der Stadt mit hinreichenden, billigen und gesunden Lebensmitteln, die Marktaufsicht, insbesondere aber die Aufsicht über Maße und Gewichte, i) die Sanitätspolizei, k) die Polizei über Gesellen und Taglöhner, die Durchführung der Dienstbotenordnung, l) die Polizei über die öffentliche Moralität, m) das Armenwesen und die Sorge für die Wohlthätigkeitsanstalten der Gemeinde, n) die Bau- und Feuerpolizei, die Befolgung der Bauordnung und Ertheilung der polizeilichen Bau-Concessionen, o) Einfluß auf die aus Gemeindemitteln erhaltenen Mittel- und Volksschulen innerhalb der durch besondere Gesetze bezeichneten Gränzen, p) Aussöhnung streitender Parteien durch aus der Gemeinde gewählte Vertrauensmänner, q) Vornahme des Verkaufs von Mobilargegenständen im Licitationswege auf Verlangen der Privatparteien.

Die nähere Bezeichnung der Gemeindeattributionen enthält die 4. Abtheilung.

Die der Gemeinde durch besondere Gesetze anvertrauten Agenden im übertragenen Wirkungskreise verrichtet die Gemeinde auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise oder entscheidet selbst über die Art der Erledigung, wenn selbe durch Gesetze nicht normirt ist.

Titel 7. Von dem Jahre und der Amtsprache. — §. 16. Das Verwaltungsjahr der Gemeinde beginnt und endigt mit dem Verwaltungsjahre des Staates — §. 17. Die Amtssprache der Gemeinde ist die polnische Sprache.

Nach Annahme der obigen §§. des Gemeindestatuts für die Stadt Krakau erstattet Fürst Sanguszko den Bericht über die vorgenommene Wahl von 4 Mitgliedern in die Commission für das Wassergesetz.

Nach dem Scrutinium stellte es sich heraus, daß die Anzahl der Stimmenden nicht beschlußfähig war. Es gaben nur 74 Abgeordnete ihre Stimmen ab. Die erfolgte Wahl ist somit ungiltig.

Der Landmarschall ermahnt die Abgeordneten, sich bei der Abstimmung nicht aus dem Saale zu entfernen.

Schluß der Sitzung um 3 Uhr Nachm. Nächste Sitzung Dinstag. Auf der Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über das Gemeindestatut für die Stadt Krakau.

Die „Gaz. nar." tritt heftig gegen den Landtags-Abgeordneten Grafen Adam Potocki auf, daß er die Vertagung der Debatten über die Verleihung eines Gemeindestatuts für Krakau verlangt hat, und fragt, weßhalb die antiadelige klericale ruthenische Partei, weßhalb die demokratischen Landleute-Majuren für ihn gestimmt. Dies sei lächerlich, wenn es nicht Mitleid erregte. Das Krakauer Gemeindegesetz, sagt das Blatt, ist ein Erzeugniß der widernatürlichsten Redaction, des ekelhaftesten Conservatismus, dem Herrn Gf. Potocki schien auch dies zu wenig.

Aus Stanislau erhielt die „Gaz. nar." die Copie eines von den dortigen Israeliten an die k. k. Lemberger Statthalterei gerichteten Protestes gegen das in Lemberg vorgebrachte Project eines Gemeindestatuts für die Stadt Stanislau. In der Einleitung dieses Protestes sagen die unterzeichneten Israeliten, daß die Mehrzahl der städtischen Einwohner mosaischen Bekenntnisses sei und daß dieser Bevölkerungstheil eine größere Steuersumme zahlt als der christliche Theil der Einwohner. Die Stanislauer Israeliten protestiren vor allem gegen die Verleihung eines abgesonderten Statuts für diese Stadt überhaupt. Ihnen genügt das von der Regierung projectirte allgemeine Gemeindesetz und erst später (wenn sie z. B. in dem Stanislauer, auf Grund eines allgemeinen Gemeindegesetzes errichteten Stadtrathe in der Majorität wären), würden sie vielleicht es für räthlich finden, ein Project zum besonderen Statut auszuarbeiten und vorzulegen. Ferner protestiren sie gegen jenen Entwurf eines Gemeindestatuts deshalb, weil das Project besagt, der Bürgermeister von Stanislau kann nur ein Christ sein. In diesem Beschluß sehen die Protestirenden einen Widerspruch mit dem Gesetze vom 5. März 1862. Der dritte Anlaß zum Protest ist der Paragraph des Statuts, welcher die Zahl der israelitischen Stadträthe festsetzt. Der Hauptanlaß des Protestes ist der Paragraph des Projectes, daß das Wahlrecht nur denjenigen Einwohnern Stanislaus zusteht, welche polnisch sprechen und schreiben können. Die Protestirenden sehen gar nicht ein, warum der Stanislauer Stadtrath polnisch sprechen müsse, da nicht einmal vom Landtagsabgeordneten verlangt wird, daß er diese Sprache verstehe. Schließlich bitten die Unterzeichneten die k. k. Statthalterei, daß, im Falle der Landtag — was sie nicht zugeben wollen — dieses Statut bestätigt und zur Sanction vorlegt, die h. Statthalterei ihrerseits Schritte thue, um die Erwirkung dieser Sanction zu verhindern. Dieser merkwürdige Protest der Stanislauer Israeliten ist mit 225 Unterschriften versehen.

Nach einem Pester Telegramm des „N. Frdbl." beabsichtigen die im Pester Landtage sitzenden Serben, Rumänen und Russinen gelegenheitlich der Adreßdebatte nähere Aufklärungen betreffs der Alinea, welche die Nationalitätenfrage behandelt, zu verlangen.

Wir haben schon gestern gemeldet, daß von Ofen aus der Befehl ergangen sei, neben der vom croatischen Landtag in der Schlußabstimmung votirten Adresse auch den von dem Agramer Abgeordneten Mrazović in derselben Sitzung als Amendement eingebrachten, jedoch nicht zur Abstimmung gelangten Adreßentwurf der a. h. Kenntnißnahme zu unterbreiten. Der croatische „Pozor" gibt nun zu verstehen, daß dieser von 98 (Fusions-) Mitgliedern des Agramer Landtages unterzeichnete Adreßentwurf den §. 14 der ursprünglichen Racki'schen Adresse wieder aufnahm, der den weiteren Fortbestand des Gränz-Institutes für unvereinbar erklärte mit dem croatischen Staatsrecht und der nationalen Entwicklung, und der bei der Abstimmung durch das abschwächende Amendement Voncina ersetzt wurde. Außerdem bemerkt „Pozor", der Adreßentwurf Mrazović drücke sich den Alineas 37 bis 40 der Racki'schen Adresse gegenüber (welche ohnehin bereits betonten, daß die Ordnung der Gesammtstaatsfrage gemeinschaftlich mit Ungarn zu erfolgen habe) noch reservirter aus, indem der obgedachte Adreßentwurf die Opportunität hervorhebe, die Gesammtstaatsangelegenheiten gemeinschaftlich mit Ungarn zu erledigen.

Aus Pest verlautet, daß daselbst der Ragusaer Advocat, Graf Marino Giorgi, Sr. Majestät eine Dankadresse für das September-Manifest im Namen der Stadt Ragusa und der umliegenden Gemeinden überreicht hat. Dies ist eine Art „contra" gegen die Adresse des dalmatinischen Landtags, welche bekanntlich dem September-Manifeste nicht sehr hold war.

Der „Osserv. tr." veröffentlicht die Dankadresse, welche der Istrianer Landtag, einem in der Sitzung vom 23. v. M. gefaßten Beschlusse zufolge, an Se. Excellenz den Herrn Statthalter Freiherrn v. Kellersperg für dessen eifrige Bemühungen zum Besten der Provinz gerichtet hat.

Telegraphische Landtagsberichte.

Czernowitz, 15. Feb. Die Verlängerung der Session bis 21. Februar wurde von Sr. Majestät genehmigt. Die Generaldebatte in der Grundtheilungsvorlage wurde geschlossen. Nächste Sitzung übermorgen.

Wien, 15. Febr. (Tel. d. Boh.) Landtag. Tages-Ordnung: Finanzausschußbericht. Findelanstalten. Der Cardinal spricht gegen den Ausschußantrag (die Verfügung zu treffen, daß in der Landes-Gebäranstalt Frauenspersonen ebensowohl unentgeltich wie entgeltlich, ohne Rücksicht auf ihr Religionsbekenntniß aufgenommen werden, sobald sie im Uebrigen die hiefür bestehenden Bedingungen erfüllen und auch den unentgeltlich aufgenommenen akatholischen Müttern gestattet werde, die Taufe an ihren Kindern nach akatholischem Ritus vornehmen zu lassen, so wie von der hohen Regierung in Anspruch zu nehmen, daß bei der Findel-Anstalt die Einrichtung, welcher zufolge jüdische Kinder in dieselbe gar nicht — ja nicht einmal entgeltlich — nach akatholischem Ritus getaufte Kinder aber wenigstens nicht unentgeltlich aufgenommen werden, ohne Verzug beseitigt werde). Er spricht über die Bedeutung des katholischen Staates mit historischen und kritischen Bemerkungen und fragt, ob sich Oesterreich etwa schämen solle, katholisch zu sein. Superintendent Franz klagt über Zurücksetzung der evangelischen Religion. Kuranda sagt, er spreche Namens der confessionellen Minorität. Die Barmherzigkeit sei keine katholische Erfindung, sondern komme schon im alten Testamente vor. Schindler greift die Regierung leidenschaftlich an. Wir stehen unter dem Scepter eines constitutionellen Monarchen und unter einem absoluten, jeder Seite unverantwortlichen Ministerium. Berger polemisirt scharf gegen den Cardinal und beantragt, eventuell den Landesausschuß zu Voreinleitungen zu einem Findelhaus für Akatholiken zu beauftragen. Rauscher's Antrag wird verworfen, der Ausschußantrag mit großer Majorität angenommen.

Prag, 15. Feb. Der Antrag des Grafen Leo Thun, den Grundbesitzern das Recht auf Entschädigung für erlittene Jagd- und Wildschäden, bezüglich ersterer gegen Jagdherren, bezüglich letzterer gegen Jagdgenossenschaft wahrend, und auf Einsetzung von Schiedsgerichten zur Ermittlung des Schadens, gegen deren Aussprüche die Berufung unzulässig ist, wurde angenommen.

Agram, 15. Feb. Nach der namentlichen Abstimmung bezüglich der Mrazović'schen Adresse verließen sämmtliche Gränzvertreter den Sitzungs-

saal, aus dem Grunde, weil ihre Gegenwart am Landtage nicht mehr nothwendig sei. — Hierauf wurden die Statuten des Nationalmuseums und der südslavischen Akademie in der vom Comité beantragten Fassung angenommen. — Morgen Sitzung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. Februar. Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ludwig haben heute Vormittags in Vertretung Sr. k. k. Apostolischen Majestät Privataudienzen ertheilt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. Februar d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß allen Lehrern an öffentlichen Gymnasien, selbstständigen Realschulen und Realgymnasien, die auf Grundlage der vollständig abgelegten Lehramtsprüfung und der Erfüllung der gesetzlichen, auf ihre lehramtliche Stellung bezüglichen Bedingungen im Lehramte definitiv bestätigt worden, der Titel „Professor" zuerkannt werde.

Die „Pester Corr." schreibt vom 15. d. Mts.: Dem ehegestern abgehaltenen Hofballe haben Ihre Majestät die Kaiserin wegen Unwohlseins nicht beigewohnt. Se. Majestät der Kaiser erschienen in Begleitung Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ludwig Victor. Um 12 Uhr verließen Se. Majestät mit Sr. k. Hoheit den Ball.

Ihre k. Hoheit die Großfürstin Maria Nikolajewna von Rußland ist am 12. d. von Florenz kommend in Venedig eingetroffen.

Das Befinden der Prinzessin Katharina von Oldenburg, die sich zur Herstellung ihrer Gesundheit mit der großherzoglichen Familie seit einem Monate in Venedig befindet, hat sich noch nicht in dem Maße gebessert, daß die gehegten Besorgnisse vollständig behoben wären. Die Prinzessin ist neben dem tuberkulosen Leiden im rechten Lungenflügel an Psoitis dextra (einer rechtsseitigen Muskelentzündung) erkrankt.

Wie die „C. V.-Z." meldet, ist Graf Belcredi heute Abend nach Pest gereist.

Der frühere Botschafter am römischen Hofe, Herr Baron v. Bach, wird im Monate April nach Wien kommen und daselbst den bleibenden Aufenthalt nehmen.

Die Stadtgemeinde von Kremsier hat an den mährischen Landtag eine Petition um Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache an dem Obergymnasium und der Realschule von Kremsier gerichtet.

Herr Franz B. Waldeck, Doctor der Theologie, Professor des neutestamentarischen Bibelstudiums und Redacteur der „Christlichen Kunstblätter", ist in Linz verschieden.

Deutschland.

Die Nachricht, daß ein Uebereinkommen zwischen Dänemark und Preußen wegen der früheren dänischen Poststation in Hamburg stattgefunden habe, ist nach Berichten aus Kopenhagen jedenfalls verfrüht, wenigstens sei dort in gut unterrichteten Kreisen nichts davon bekannt. Was die Postdampfschifffahrt von Korjör nach Kiel, anstatt nach Lübeck betrifft, so äußerte der Finanzminister im Folkething, daß lediglich die provisorischen Zustände in den Herzogthümern die einstweilige Beibehaltung der längeren theuerern Route (Lübeck) veranlaßte.

Eine officiöse Berliner Corr. des „Hamb. Corr." meldet, daß die preußische Regierung eine strenge Untersuchung darüber angeordnet habe, in welcher Weise die Mittheilungen über die Abstimmung bei dem Obertribunalsbeschlusse vom 29. Jänner an die Oeffentlichkeit gelangt seien.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. Die Kaiserin hat gestern den arabischen Scheik Aban-Akkos nebst Frau und Kindern empfangen. Er ist hierher gekommen, um dem Kaiser für die Erlaubniß, nach Algier zurückzukehren, zu danken. Er war, in Folge der letzten Wirren in Algier, in Pau internirt gewesen. — Heute Abend costümirter Ball im Ministerium der Marine. Man wird einen Aufzug von Matrosen aller Länder sehen. — Heute und gestern läuft Alles, was Pariser ist, den fetten Ochsen nach. Die Pariser werden dieser Absurdität niemals müde. — Am 5. Februar ist im Schlosse Borgo bei Turin der Graf Rudolph de Maistre, Sohn des berühmten Joseph de Maistre, in seinem 70. Jahre gestorben. Er befand sich dort bei seiner Schwester, der Duchesse Montmorency-Laval. Von ihm auch konnte man sagen: Jeder Zoll ein Edelmann. Im Jahre 1807 schrieb ihm sein Vater: „Allez bravement votre chemin, mon cher fils; vivent la conscience et l'honneur."

Schweiz.

Aus Zürich wird dem „Dzien. Warsz." vom 3. d. unter anderm geschrieben: Am Beginn des Monats Jänner l. J. hat die slavische Beseda auf Antrag des „Obersten" Kurowski in böhmischer Sprache redigirte Aufrufe um Sammlungen für politische Zwecke nach Böhmen gesandt. Anstatt der erwarteten Gelder, erhielt der Schöpfer der slavischen Beseda, Oberst Kurowski eine 23. Jänner datirte Antwort aus Prag, in welcher es hieß, daß die Böhmen mit der polnischen Propaganda und ihren in ganz Europa durch ihren Ruf bekannten Leitern nichts Gemeinschaftliches haben wollen. Diese Erwiderung hat auf den Miechower und Opatower Helden keinen angenehmen Eindruck hervorgebracht. Nach der in Böhmen erlittenen Niederlage beschloß Kurowski sein Glück in Ungarn zu versuchen. Zu diesem Zwecke berief er am 2. d. im Café „Safran" alle Mitglieder der slavischen Beseda zu einer außerordentlichen Sitzung, eröffnete ihnen die erwähnte Antwort aus Böhmen und schlug gleichzeitig vor ein Mitglied der Beseda, der Sammlungen wegen, nach Ungarn zu senden. Die dem Verein angehörenden Ungarn protestirten energisch gegen dieses Project. Dieser Widerstand der Ungarn rief unter den Polen große Entrüstung hervor und Kurowski erlaubte sich, gegen die Oppenenten und schließlich gegen das ganze böhmische und ungarische Volk heftige Invectiven zu schleudern. Die dadurch erzürnten Böhmen und Ungarn erklärten öffentlich den Oberst Kurowski für einen Betrüger, dem sie in seinen unlauteren Plänen nicht als Werkzeug dienen wollen und verließen die Versammlung. Ihrem Beispiel folgten auch die Serben. Auf diese Art wurde die slavische Beseda, deren Errichtung dem Oberst Kurowski so viel Mühe und Arbeit gekostet, am 2. d. aufgelöst. — In dieser Woche ist auch der „Kalina-Verein" aufgelöst worden, weil den „Oberst" Gr., Mitglied dieses Vereins die Lust anwandelte, fast alle Musikinstrumente auf eigene Faust zu verkaufen, wie andere Sachen sich zu annectiren.

Großbritannien.

Aus Dublin wird die Ermordung eines gewissen George Clarke gemeldet, der der Polizei Waffenplätze der Fenier denuncirt haben soll. Die Regierung hat 200 Pf. St. Belohnung für Denjenigen ausgesetzt, der den Thäter dieses Verbrechens entdeckt. Der Lord-Lieutenant von Irland hat sich wieder genöthigt gesehen, über einige Grafschaften und Bezirke den Belagerungszustand zu verhängen. So befindet sich beinahe ganz Irland bereits im Ausnahmszustande.

Italien.

In Como ist es wegen der Ausdehnung der städtischen Octroilinie in den letzten Tagen wiederholt zu Ruhestörungen gekommen. Von Mailand sind Truppen dahin geschickt worden.

Rußland.

Aus Warschau, 11. d., wird der „Schlesischen Ztg." geschrieben: Endlich ist die Bestätigung des Projectes zur neuen Eintheilung des Königreichs hier angekommen. Das Königreich wird in 10 Gouvernements mit 84 Kreisen eingetheilt werden. Jedem Gouverneur soll ein Gouverneur vom Militairstande vorstehen, ihm zur Seite steht ein Vice-Gouverneur aus dem Civilstande. Die Kreischefs sollen ebenfalls sämmtlich Militaire, die Gehilfen derselben die Adjuncten aus dem Civilstande sein. Die Gouverneure behalten die Attribute der früheren Militairchefs, sie können also nöthigenfalls zu jederzeit Militair requiriren. Mit dieser neuen Eintheilung hört die frühere Eintheilung des Königreichs in 5 Verwaltungs- und Militairbezirke auf. Die ganze neue Organisation ist also eine militairische; hoffen wir, daß sie der Entwickelung einer geregelten Civil-Verwaltung keinen Eintrag zu thun braucht. Auch sind Anzeichen vorhanden, daß die früher angebahnten Reformen in der Civilverwaltung sich nach und nach wieder Bahn brechen werden; dieselben sind bekanntlich durch keine Ukase wieder aufgehoben worden. So bestehen in Łodź, in Lublin, in Kielce noch die früher eingesetzten Municipalräthe und General Bellegarde soll unlängst auch in Kalisch den Municipalrath wieder einberufen haben.

Türkei.

Zufolge an die Pforte gelangter telegraphischer Nachricht hat Jussuf Karam trotz seiner Niederlage einen abermaligen Angriff versucht. Er wollte erst durch den französischen General-Consul Des Essards über seine Unterwerfung verhandeln, da dieser aber jeden Verkehr mit ihm zurückwies, unterhandelte er mit dem aus Damaskus mit zwei Bataillons angelangten türkischen General Emin Pascha (Schwarzenberg) und überfiel denselben, nachdem er ihm wenige Stunden vorher in einem Schreiben seine unbedingte Unterwerfung angekündigt hatte, in der Nacht, wobei die Türken an 100 Mann verloren haben sollen. Dessenungeachtet versichert man hier, daß dieser Ueberfall die Lage der Verhältnisse nicht änderte und Jussuf Karam in einem Walde eingeschlossen blieb wie zuvor. Es gehen nach Gerüchten von hier abermals zwei Bataillone nach Syrien ab und Derwisch Pascha übernimmt den Oberbefehl.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 17. Februar.

||| Dieser Tage wurde das Spital sammt Kloster auf dem Kazimierz von den Barmherzigen Brüdern aus Wien in eigene Verwaltung übernommen, allwo die mittellosen Kranken ohne Unterschied der Religion und Nationalität in unentgeltliche ärztliche Behandlung und Verpflegung aufgenommen werden. Dieser so wohlthätige Orden, an dessen Spitze der zum Prior designirte Conventuar H. P. Melanius Neitharek, als ein biederer und rechtschaffener Mann in den Klöstern Wien, Prag, Linz und Zebrzydowice bei Kalwaria, wo derselbe sich als Spitalsarzt mit rastlosem und unermüdlichem Eifer der armen Kranken angenommen, bekannt, spart auch hier keine Mühe, um dieses sonst dem baldigen Ruine entgegeneilende Kloster sammt Spital dem gewiß edlen und menschenfreundlichen Zwecke zuzuführen. Vorläufig sind daselbst nur 12 Krankenbetten, doch in kurzer Zeit werden noch mehrere, wie auch eine eigene Apotheke errichtet werden.

* Am 15. d. Mts. fand in der Promotionsaula des Collegium juridicum eine Versammlung der Universitäts-Studirenden statt, in welcher die von der h. Regierung genehmigten Statuten des medicinischen „Vereins gegenseitiger Unterstützung" in der Krakauer Universität, der med. Jugend bekannt gegeben wurden. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des Vorstandes des Vereins erhielt von 263 Stimmen Med.-Hörer Leopold Swiérz 134, der Rechtshörer Kasimir Chłędowski 105 Stimmen; die übrigen Stimmen wurden zersplittert. Med.-Hörer Swiérz wurde daher mit 2 Stimmen über die die absolute Mehrheit bildende Zahl von 132, und daher keinesfalls, wie der Chronist des „Czas" anführt, fast einstimmig zum Vereins-Vorstande gewählt. Belangend den Zeitabstand von 3 Jahren, 3 Monaten und 4 Tagen, dessen der Chronist des „Czas" erwähnt, muß bemerkt werden, daß derselbe durch die ämtlichen Correspondenzen, welche im Grunde h. Staats-Ministerial-Erlasses vom 24. September 1862 zwischen dem h. Statthalterei-Präsidium und dem k. k. medicinischen Senate stattfanden, und auch nothwendig stattfinden mußten, genügend erklärt wird.

μ Heute Mittag haben die Herren Adolph Korczyński aus Dobromil und Alfons Roderich Als aus Mokrzeszów, k. k. Gerichtsauscultant, zur Erlangung der juridischen Doctorswürde an der Jagiellonischen Universität im großen Saale des Collegium juridicum ihre öffentlichen Disputationen gehalten und sind hierauf zu Doctoren sämmtlicher Rechte promovirt worden.

* Wegen Erkrankung der Fr. Modrzejewska ging gestern statt der netten ätherischen „Florine" der fette astronomische Schuster Nestroy's, mit unendlichen polnischen Couplets in applaudirter Einzel-Scene von H. Hennig dargestellt, über die Bühne. Vorher spielte Frl. Saphir die „Gattin, die aus dem Fenster gesprungen", nachher Hr. Benda den „Warschauer Gamin" unter Beifall. Ueber den Succes, den am Abend vorher „Prosper's Mittagsschläfchen" gehabt, benachrichtigte, wie wir hören, gleich nach der Vorstellung ein Telegramm von 60 Worten, nach Lemberg abgeschickt, den Autor Grafen Fredro jun. Auch sein anderes Lustspiel „Vor dem Frühstück", bis jetzt nur von Dilettanten gespielt, soll nächstens von den Schauspielern dargestellt werden. Ein neues Drama J. Szujski's „Jadwiga" ist nebst zwei anderen neuen desselben Autors der „Halszka" in Aussicht gestellt.

μ Wir haben in diesen Blättern über alle größeren Tanzunterhaltungen, welche in der jüngstverflossenen Zeit abgehalten wurden, gewissenhaft Bericht erstattet, es erübrigt uns nur noch, die Zahl der Tanzunterhaltungen in dieser Zeit, ohne Unterschied der Qualität, zu registriren. Wie wir aus vollkommen verläßlicher Quelle entnehmen, fanden in Krakau während des Faschings 131 geschlossene und öffentliche Tanzunterhaltungen statt. Die zahlreichen Hausbälle sind natürlich in dieser Zahl nicht aufgenommen.

* Vorgestern begann im hiesigen k. k. Landesgericht die Schlußverhandlung in der Angelegenheit der wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 und 336 St.-G. angeklagten Fährleute, durch deren Unvorsichtigkeit und Unbedachtsamkeit am 15. August 1864 auf der Czernichower Ueberfuhr (wie seiner Zeit gemeldet) 74 vom Ablaß aus Kalwaria heimkehrende Leute ertranken.

* Wie aus den beistehenden Angaben der Actien-Zahl und -Werthes von selbst erhellt, beziffert sich das Anlage-Capital des, wie gestern gemeldet, zur Hebung der Papierfabrik in Czerlany zusammengetretenen Consortiums auf 500,000 fl. ö. W.

* Am 30. v. M. wurde der Buchhalter der Szczepanowicer Dampfmühle, Leopold Zaborski, in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Derselbe war erst 27 Jahre alt und dennoch soll Lebensüberdruß das Motiv des Selbstmordes gewesen sein.

* Am 31. v. M. ist in Ruda górna die herrschaftliche Scheuer sammt allen Fruchtvorräthen und Maschinen abgebrannt. Letztere hatten den Werth von 1500 fl. Von diesen Gegenständen war blos 120 Schock Kleesamen im Betrage von 900 fl. versichert.

* Am 22. v. M. um Mitternacht sind die Scheuern des herrschaftlichen Majerhofes pod Lipki in Zator abgebrannt. Die Ursache des Brandes ist bisher nicht sicher gestellt, doch vermuthet man, daß der Brand angelegt ist. Der Schaden an Fruchtvorräthen sammt der verbrannten englischen Dreschmaschine soll gegen 7000 fl. öst. Währ. betragen.

* Die Verwaltung der galizischen Karl-Ludwigsbahn hat die Tare für alle in der Nothstands-Angelegenheit ihr überkommenden Transporte auf 1 kr. ö. W. per Centner und Meile festgesetzt.

* Die Aschermittwochs-Betrachtungen des Feuilletonisten der „Gazeta narod." gehen schließlich so weit: Die Vergnügungen haben aufgehört, mit Ausnahme von mehr oder weniger 100 Personen, die im Redoutensaal — ich weiß nicht, warum er heuer diesen Namen trägt, es sei denn aus Sarkasmus — vielleicht noch bis Ende Fasten Landtags-Maskerade, Landtag spielen werden...... Wenn unser Landtag weiter seine parlamentarische Maskerade hinziehen und anstatt zu landtagen, Landtag spielen wird, dann werden wir lange, lange Jahre der jetzigen großen Fasten gedenken (während die durch Toilette- und Faschingskosten geschlagenen Wunden sich leicht vernarben) und manche Ostern werden kommen, ohne daß wir aufhören zum Spott der Welt nicht den „Thaddäus", sondern von Herzen — späte „bittere Klagen" zu singen.

α In Sambor fand am 8. d. die Wahl eines Abgeordneten aus dem Körper des Großgrundbesitzes an Stelle Ludwig Dołański's statt, wobei bekanntlich Graf Alexander Johann Fredro jun. gewählt wurde. Zu dieser Wahl trug hauptsächlich, wie „Gaz. n." sagt, ein an einen Abgeordneten gerichtetes Schreiben des berühmten Lustspieldichters Gfn. Alex. Fredro bei, in welchem er seinen Sohn in sehr warmen und beredten Worten empfahl. Von 54 zur Wahl ermächtigten Wählern haben sich jedoch blos 17 eingefunden. „Und dies — schreibt „Gaz. nar." wörtlich — geschieht zur Zeit der Session des Landtags, welcher gleichsam in Hinsicht der künftigen Verwaltung des Landes, einer Constituante gleichkommt! Wahrlich, bei solchem Indifferentismus für öffentliche Angelegenheiten hat die Regierung zu zeitig die Constitution verliehen."

α Wir lesen in der „Gaz. nar." vom 14. d. M. (die gestrige Nummer ist uns heute wie gewöhnlich nicht zugekommen): Hinsichtlich der Befreiung der sibirischen Häftlinge reichen viele Personen Gesuche um Begnadigung zu Handen des Secretärs de Rachette ein. Dieser Secretär lebt aber — wie wir eben jetzt erfahren — schon seit einigen Jahren nicht mehr; demnach mußten alle an seine Adresse gesandten Briefe offenbar erfolglos sein. Die Bitten um Begnadigung müssen also direct an die kaiserliche Kanzlei in St. Petersburg gerichtet sein.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— In der am 15. d. stattgehabten außerordentlichen General-Versammlung der Creditanstalt wurde der Antrag mit Rücksicht auf den erzielten Gewinn von 2,510.000 fl. den Jänner-Coupon mit 9 Gulden auszuzahlen, was einer Summe von 2,250.000 fl. entspricht, angenommen.

Breslau, 16. Februar. Amtliche Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 60—82 gelber 60—77. Roggen 55—57. Gerste 37—45. Hafer 25—30 Erbsen 56—66. — Raps (per 150 Pfund Brutto) 275—304, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 258—283. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 210—234.

Paris, 15. Februar. [Neuester Bankausweis.]: Vermehrt: Der Barfonds um 15 Mill., verschiedene Contis um $5\frac{3}{4}$ Mill.; vermindert: Das Portefeuille um 15, die Vorschüsse um $\frac{1}{2}$ Mill., die Billets um $5\frac{1}{2}$ Mill. Francs.

Berlin, 15. Februar. Böhmische Westbahn $70\frac{5}{8}$. — Gal. 79. Staatsb. $107\frac{1}{2}$. — Freiwill. Anlehen 100. — 5perc. Met. $60\frac{3}{4}$ — Nat.-Anl. $63\frac{7}{8}$. — Credit-Lose 75. — 1860er-Lose $79\frac{1}{4}$. — 1864er Lose $49\frac{1}{2}$. — 1864er Silber-Anleh. $67\frac{1}{4}$. — Credit-Actien $71\frac{1}{2}$ — Wien fehlt.

Frankfurt, 15. Februar. 5perc. Metall. $58\frac{5}{8}$. — Anlehen vom Jahre 1859 $68\frac{7}{8}$. — Wien $114\frac{1}{8}$. — Bankactien 844. — 1854er Lose $73\frac{1}{4}$. — Nat.-Anleh. $61\frac{5}{8}$. — Cred.-Actien 166. — 1860er Lose 79. — 1864er Lose 87. — 1864er Silber-Anlehen $67\frac{3}{8}$. — American. $71\frac{3}{8}$.

Hamburg, 15. Februar. Nat.-Anl. $62\frac{1}{2}$. — Credit-Act. $70\frac{3}{8}$. 1860er Lose 78. — American. fehlt. — Wien fehlt.

Paris, 15. Februar. Schlußcourse: 3percentige Rente 69.—. — $4\frac{1}{2}$perc. Rente 98.60. — Staatsbahn 402. — Credit-Mobilier 680. — Lombard 402. — Oester. 1860er Lose fehlt. — Piemont. Rente 61.06. — Oesterr. Anl. 346.25.

Consols $87\frac{5}{8}$ gemeldet.

Die Bank hat den Discont von 5 auf $4\frac{1}{2}$ Percent herabgesetzt.

London, 15. Februar. Wochenausweis der englischen Bank: Notenumlauf 20,763.240 Pf. St.; Metallvorrath 13,296.114 Pf. St.; Notenreserve 6,286.945 Pf. St.

London, 12. Februar. Schluß-Consols $87\frac{5}{8}$. — Lomb. Eis.-Actien $15\frac{3}{4}$. — Silber fehlt. — Wien fehlt. — Türkische Consols $38\frac{1}{2}$. — Angl. Aust. fehlt. — Amer. fehlt.

Liverpool, 15. Februar. (Baumwollenmarkt.) Umsatz 8.000 Ballen. — Orleans $19\frac{1}{2}$. — Fair Dholl. 16. — Middl. Fair Dholl. 15. — Middl. Dholl. 14. — Bengal 12. — Domra $15\frac{3}{4}$. — Pernam $20\frac{1}{4}$. — Scinde $12\frac{1}{2}$.

Wien, 16. Februar, Nachm. 2 Uhr. [Czas.] Met. 61.85. — Nat.-Anl. 65.15. — 1860er Lose 81.25. — Bankactien 743. — Credit-Actien 148.20. — London 102.40. — Silber 101.75. — Ducat 4.89.

Paris, 16. Februar. 3% Rente 69.—. — Disconto wurde auf $4\frac{1}{2}$ Percent herabgesetzt.

Lemberg, 14. Februar. Holländer Ducaten 4.86 Geld, 4.91 Waare. — Kaiserliche Dukaten 4.88 Geld, 4.92 W. — Russischer halber Imperial 8.47 G., 8.57 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.56 G., 1.59 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.29 G., 1.31 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.51 G., 1.53 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 63.82 G., 64.42 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 67.01 G., 67.63 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 66.67 G., 67.42. — National-Anlehen ohne Coup. 64.72 G. 65.33 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 162.17 G. 164.67 W.

Krakauer Cours am 16. Februar. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 124 verl. 121 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 85 verlangt, 83 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 516 verl., 508 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 132 verl., 129 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. $153\frac{1}{2}$ verl., 151 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler $98\frac{3}{4}$ verl., $97\frac{3}{4}$ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung $102\frac{3}{4}$ verl., $101\frac{3}{4}$ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 4.90 verl. 4.80 bez. — Napoleondors fl. 8.35 verl., fl. 8.20 bez. — Russische Imperials fl. 8.55 verl., fl. 8.40 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 65.50 verl. 64.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 68.75 verl., 67.75 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 69.— bez. 68.— bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 163.— verl., 159.— bez.

Neueste Nachrichten.

Dem „Czas" wird aus Lemberg, 16. d. Nachm., telegraphisch gemeldet: Die Specialdebatte über das provisorische Gemeinde-Statut für die Stadt Krakau wurde heute geschlossen. Dritte Lesung künftige Woche. Sodann motivirte Abg. Skrzyński seinen Antrag betreffs eines größeren Antheils der Städte an der Vertretung im Landtag, Abg. Kaczała bezüglich der Schornsteinfeger; Hochw. Stępek in Betreff der Deckung der Kirchenausgaben aus dem Religionsfonds. Es wurden heute viele Petitionen erledigt. Nächste Sitzung Dinstag.

Pest, 16. Februar. „Sürgöny" dementirt die Gerüchte über eine Ministerkrisis. „Hirnök" erwähnt unter den zur Adreßdebatte vorgemerkten Rednern: Somssich, Graf Apponyi, Baron Eötvös, Gorone, Benesik, Kiralyi, Jokai, Böszörmény und Graf Stephan Keglevich. Wie es scheint, wird die Rechte und die äußerste Linke an der Adreßdebatte am lebhaftesten Theil nehmen.

„Lloyd" bezeichnet es als eine verfehlte Combination, wenn Preußen auf die innere Verwicklung Oesterreichs zählt. Wie die ungarische Nation an den Forderungen der pragmatischen Sanction festhält, ebenso hat sie sich auch nie den Verpflichtungen entzogen, welche ihr aus derselben erwachsen. Preußen muß sich daran errinnern, daß hinter Oesterreich noch immer jene tapferen Völker stehen, welche die Monarchie aus vielen Gefahren erretteten, daß namentlich Ungarn von Begeisterung für die Person des Monarchen, von lebhaftem Interesse für das Ansehen der Dynastie beseelt ist.

München, 16. Febr. Die k. Staatsregierung ermächtigte die Hypotheken- und Wechselbank zur Ausgabe weiterer 30 Millionen in Pfandbriefen unter den bisherigen Bedingungen, und wünscht, daß mindestens zwei Drittel der Landwirthschaft zugewendet werden.

Florenz, 15. Februar. Boggio sagt in der Kammersitzung, er habe aus der provisorischen Budgetbewilligung keine politische Frage gemacht, er werde dieselbe als eine Verwaltungsmaßnahme votiren. Die Minister des Innern und der Finanzen geben zu, daß das Gesetz über das provisorische Budget zu einer Vertrauensfrage gemacht sei, und verlangen von der Kammer, die Finanzprojecte zu erörtern. Die Kammer vertagt den Beschluß über die Festsetzung der politischen Discussion, sie wird morgen die provisorische Budgetbewilligung discutiren.

Telegraphische Landtagsberichte.

Pest, 16. Februar. (Sitzung der Deputirtentafel.) Nach Madarasz, der keine gemeinsamen Angelegenheiten kennt, sprach Baron Eötvös für die Annahme des Adreßentwurfes in seiner vollen Ausdehnung; er ist überzeugt, daß die Lösung gewiß sei, sobald diesseits und jenseits wahre Verfassungsmäßigkeit herrsche, und dankt mit großer Wärme jenen Männern, welche, als Ungarn zum Schweigen verurtheilt war, im Reichsrathe für Ungarns Recht ihre Stimme erhoben haben. Die Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Hierauf spricht Ziedényi.

Agram, 16. Februar. Beginn der Landtagssitzung. Graf Friedrich Kulmer erklärt durch Privatgeschäfte verhindert zu sein, an der Ueberreichung der Adresse der Majorität Theil zu nehmen. Der Landtag beschließt über die Substituirung des Grafen Kulmer später zu berathen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 16. auf den 17. Februar.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Graf Tyszkiewicz Oscar nach Galizien, Graf Plater Cäsar nach Posen, Ritter Dąbrowski Marian nach Preußen.

K. k. Theater in Krakau: Heute zehnte Reprise der „Schönen Weiber von Georgien", komischen Oper von Offenbach.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Amtsblatt.

Kundmachung. (186. 3)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht in Lemberg hat über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft am 31. Dezember 1865, Z. 18616 zu Recht erkannt: Das in Leipzig 1865 im Verlage von F. A. Brockhaus erschienene Werk: „Biblioteka pisarzy polskich Tom 31. — Wizerunki polityczne dziejów państwa polskiego Tom 4. Polska w kraju w 1848 roku sprawy poznańskie, krakowskie i galicyjskie. Zbiór dokumentów z tych czasów jako materyałów do historyi politycznéj państwa polskiego" begründe den Thatbestand des im § 65 a. St. G. vorgesehenen Verbrechens und werde daher nach § 36 P. G. für den ganzen österreichischen Kaiserstaat verboten.

Z. 2899. Kundmachung. (188. 2-3)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht in Krakau hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt den Beschluß gefaßt, der Inhalt der in der Druckerei der „Ojczyza in Bendlikon" im Jahre 1866 erschienenen Broschüre: „Galicya i Austrya" przez ??? begründe den Thatbestand des Verbrechens des Hochverraths nach § 58 lit. c, des Verbrechens der Majestätsbeleidigung und der Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses nach § 63 und 64, sowie des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lit. a, St. G. B. und es werde in Gemäßheit des § 36 des Preßgesetzes das Verbot ihrer weiteren Verbreitung hiemit ausgesprochen.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Krakau am 14. Februar 1866.

Z. 1152. Kundmachung (180. 3.)

wegen Bemautung der $7^{2310}/_{4000}$ Meilen langen Weichsel-Parallel-Straße von Oświęcim bis Borek fałęcki.

Das hohe k. k. Finanz-Ministerium hat laut Erlasses vom 29. Dezember 1865 Z. 59971 im Einvernehmen mit dem k. k. Staats-Ministerium die Bemautung der von Oświęcim bis Borek fałęcki führenden $7^{2310}/_{4000}$ Meilen langen Weichsel-Parallelstraße angeordnet.

Demzufolge wird bei jedem der in den Orten Oświęcim, Zator und Brzeźnica aufgestellten Mautschranken die Wegmaut für zwei Meilen, dagegen bei dem im Orte Skawina aufgestellten Mautschranken die Wegmaut nur für Eine Meile eingehoben werden.

Dies wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß diese Maßregel vom 1. April 1866 angefangen in Wirksamkeit tritt.

Von der k. k. Statthalterei-Commission

Krakau am 2. Februar 1866.

Z. 1014. Kundmachung. (182. 3)

Das hohe k. k. Staats-Ministerium hat laut Erlaß vom 9. Jänner 1866 Z. 24201/2646 im Einvernehmen mit dem hohen k. k. Finanz-Ministerium der Gutsherrschaft in Dębica die Einhebung einer Ueberfuhrsmauth bei der von ihr unterhaltenen Ueberfuhr über den Wisłoka-Fluß nächst Kędzierz nach der II. Classe des für Privat-Ueberfuhrsmauten geltenden Tarifes vom Jahre 1842 unter Einhaltung der für diese Maut-Kathegorie festgesetzten Befreiungen und Begünstigungen auf die Dauer von fünf Jahren bewilligt.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 6. Februar 1866.

Obwieszczenie.

Wysokie c. k. Ministerstwo stanu w porozumieniu z c. k. Ministerstwem skarbu, raczyło dekretem z dnia 9 stycznia 1866 r. l. 24201/2646 udzielić państwu Dębicy pozwolenie do pobierania myta przewozowego przy przewozie na rzece Wisłoka przy Kędzierzu podług II klasy taryfy myta przewozowego na rogatkach prywatnych z roku 1842 z zastósowaniem się do przepisów dla powyższéj kategoryi rogatek względem uwolnienia od opłaty należności istniejących na lat pięć.

Co się niniejszém do powszechnéj wiadomości podaje.

Z c. k. Komisyi namiestniczéj.

Kraków, dnia 6 lutego 1866.

Z. 4300. Kundmachung. (199. 1-3)

Der Ausbruch der Rinderpest in Wierzchna des Żurawnoer, in der Stadt Bolechow und Lissowice des Bolechower Bezirkes, sowie der mit diesen Seuchenorten eingestellte Viehverkehr wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 14. Februar 1866.

Nr. 130. Concurs-Ausschreibung. (191. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird zur Besetzung einer erledigten Landesgerichtsraths-Stelle mit dem Gehalte von 1680 fl. und im Falle der graduellen Vorrückung mit dem Gehalte von 1470 fl. der Concurs hiemit ausgeschrieben, und haben die Bewerber ihre Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" im vorgeschriebenen Wege an das k. k. Landesgerichts-Präsidium zu überreichen, und disponible Beamte auch nachzuweisen, in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezügen und seit welcher Zeit sie in den Stand der Verfügbarkeit versetzt sind, endlich bei welcher Casse sie ihre Disponibilitäts-Genüße beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes.

Krakau, am 14. Februar 1866.

Nr. 3658. Kundmachung. (195. 1-3)

In Nadyby Samborer, Niezuchow Stryjer und Rozdół Mikołajower Bezirkes ist die Rinderpest erloschen, dagegen in Strzałków Stryjer Bezirkes ausgebrochen.

Der Triebweg für die zur Verladung auf dem Eisenbahnhofe zu Lemberg bestimmten Triebheerden von Żurawno über Smuchów, Młyniska, Holeszów, Bortniki und Dobrowlany nach Chodorów wurde bewilligt, der über Niezuchow eingestellte Triebweg wieder eröffnet, und die Abhaltung der Hornviehmärkte in der Stadt Sambor bewilligt.

Diese Mittheilungen werden zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 10. Februar 1866.

Wezwanie. (198. 1-3)

Niniejszém wzywam wierzycieli masy ugodnéj p. Karola Rzący, aby najdaléj po dzień 15 marca b. r. włącznie, pretensye swe przeciw masie ugodnéj p. Karola Rzący z jakiegokolwiekbądź tytułu prawnego pochodzące u mnie na piśmie zgłosili, gdyż w tym razie, gdyby układ z wierzycielami Karola Rzący miał przyjść do skutku, niezgłaszający swych pretensyj z takowemi, o ileby się nie opierały na prawie zastawu, oddalonemi będą, a zarazem ulegną rygorom §§ 35, 36, 38 i 39 ustawy z dnia 17 grudnia 1862 r. l. 97 objętym.

Kraków, 16 lutego 1866.

Stefan Muczkowski,
Notaryusz jako del. kom. sąd.

Z. 3030. Kundmachung. (184. 3)

Die k. k. Statthalterei hat über Vorschlag des Professoren-Collegiums der medicinischen Facultät an der Wiener Universität die erledigten zwei Krausneker'schen Stipendien im jährlichen Betrage von Drei Hundert Fünfzehn (315) Gulden ö. W. den Medicinern des I. Jahrganges an der Universität in Wien und zwar

1. Xaver Krausneker aus dem Titel der Angehörigkeit zur Familie des gottseligen Stifters Peter Krausneker, und
2. Ladislaus Lipiński, Lemberger Bürgerssohn, bis zur Vollendung der Studien und Erlangung der Doctorswürde verliehen.

Lemberg, am 31. Jänner 1866.

Obwieszczenie

C. k. Namiestnictwo nadało na wniosek kolegium profesorów wydziału medycznego przy wszechnicy Wiedeńskiéj dwa opróżnione stypendya z fundacyi Krausneckera w rocznéj kwocie trzystu pietnaście (315) złotych reńskich w. a. słuchaczom medycyny 1 roku na wszechnicy Wiedeńskiéj, a mianowicie:

1. Ksaweremu Krausnecker tytułem należności do familii ś. p. Piotra Krausneckera i
2. Władysławowi Lipińskiemu, synowi mieszczanina Lwowskiego, aż do ukończenia nauk i uzyskania godności doktora.

Lwów, dnia 31 stycznia 1866.

N. 3638. Kundmachung. (183. 3)

Seine Excellenz der Herr Statthalter haben vom Schuljahr 1865/6 angefangen dem Schüler der IV. Classe am Samborer Gymnasium Stefan Dżurdż-Sielecki ein Familienstipendium jährlicher 210 fl. ö. W. aus der Angela Sielecki'schen Stiftung verliehen.

Von der k. k. Statthalterei

Lemberg, am 27. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

Jego Ekscelencya pan Namiestnik nadał zacząwszy od roku szkolnego 1865/6 uczniowi 4 klasy gimnazyum Samborskiego, Szczepanowi Dżurdzie Sieleckiemu stypendyum familijne w kwocie 210 złr. w. a. z fundacyi Anieli Sieleckiéj.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, 27 stycznia 1866.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf n Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tage von	bis
16	2	329‴ 54	+ 3°1	27	Nord-West still	heiter		−3°2	+3°4
	10	30 57	− 1,2	100	„ „	„			
17	6	30 89	− 3,2	100	Nord-Ost still	heiter mit Wolken	Reif		

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in zwei Gattungen classificirt.

Aufführung der Producte	I. Gattung von fl.	kr.	bis fl.	kr.	II. Gattung von fl.	kr.	bis fl.	kr.
Der Metzen Winter-Weizen	2	87½	4	—	3	50	3	75
„ Saat-Weizen .	—	—	—	—	—	—	3	—
„ Roggen . .	2	87½	3	—	—	—	2	80
„ Gerste . . .	—	—	2	25	—	—	2	—
„ Hafer . . .	—	—	1	30	—	—	1	25
„ Erbsen . . .	3	75	4	—	3	25	3	50
„ Hirsegrütze .	5	25	5	38	4	90	5	—
„ Fisolen . . .	5	—	5	25	4	25	4	75
„ Buchweizen .	—	—	2	50	—	—	2	25
„ Hirse . . .	—	—	2	75	—	—	2	50
„ Kleesaat weiß .	—	—	—	—	—	—	—	—
„ „ roth .	—	—	25	—	—	—	24	—
„ Erdäpfeln . .	—	—	1	15	—	—	1	—
Zentn. Heu (Wien. Gew.)	—	—	1	25	—	—	—	—
„ Stroh	—	—	—	90	—	—	—	—
Pfund fettes Rindfleisch	—	17	—	19	—	15	—	16
„ mageres „	—	16	—	17	—	14	—	15
„ Lungenfleisch . .	—	30	—	25	—	—	—	27½
Spiritus Garniec mit Bezahlung	—	—	2	65	—	—	—	—
dito. abgezogener Branntw.	—	—	1	70	—	—	—	—
Garnetz Butter (reine) .	—	—	3	25	—	—	—	—
1 Pfund Schweinefleisch .	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Kalbfleisch . .	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Salz	—	—	—	9	—	—	—	—
„ Speck	—	36	—	38	—	—	—	34
Hühner-Eier 1 Schock . .	—	—	—	85	—	—	—	—
Gerstengrütze ⅛ Metzen	—	—	—	45	—	35	—	46
Częstochauer dtto.	1	26	1	25	—	—	1	15
Weizen dtto.	—	—	1	—	—	—	—	90
Perl dtto.	1	—	1	25	—	—	—	90
Buchweizen dtto.	—	—	1	—	—	—	—	95
Geriebene dtto.	—	—	—	80	—	—	—	75
Graupe dtto.	—	—	—	70	—	—	—	65
Hirsengrütze dtto.	—	70	—	75	—	—	—	65
Mehl aus fein. Centner	9	20	9	70	7	20	8	—
1 Schock Häupterkraut . .	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Klafter hartes Holz . .	—	—	—	—	—	—	—	—
„ weiches „ . .	—	—	—	—	—	—	—	—

Vom Magistrate der Hauptstadt Krakau am 13. Jänn. 1866.

Deleg. Bürger Tatarkiewicz. Maistrats-Rath Wisłocki. Markt-Kommissär Jezierski.

Wiener Börse-Bericht

vom 15. Februar.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	57.60	57.80
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	65.—	65.10
vom April — October	65.—	65.10
Metalliques zu 5% für 100 fl.	61.70	61.80
dtto „ 4½% für 100 fl.	54.25	54.75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	146.50	147.—
„ 1854 für 100 fl.	77.—	77.50
„ 1860 für 100 fl.	89.20	89.40
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	76.—	76.10
„ „ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.—	16.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	81.—	82.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	80.—	81.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.—	86.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67.25	68.25
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	66.—	66.50
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	69.50	70.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	65.75	66.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	62.75	63.25
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.—	66.50

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	746.—	748.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	146.—	146.20
der Niederöst. Escompte-Gesellſ. zu 500 fl. ö. W.	572.—	574.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1538.	1540.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	164.80	165.—
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	161.50	162.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	118.—	118.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	159.20	159.40
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	78.—	79.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	141.—	142.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	108.—	108.50
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	456.—	457.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	213.—	215.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	—.—	375.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	—.—	360.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.25	104.75
auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.30	91.50
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87.—	87.10
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	61.—	63.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	114.50	114.75
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	80.—	81.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	109.50	110.50
„ „ „ zu 50 fl. CM.	48.—	48.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	23.—	23.50
Esterhazy zu 40 fl. CMze	—.—	75.—
Salm zu 40 fl. „	26.25	2[illegible].75
Palffy zu 40 fl. „	22.50	23.—
Clary zu 40 fl. „	22.—	23.—
St. Genois zu 40 fl. „	21.—	22.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	15.50	16.—
Waldstein zu 20 fl. „	19.—	19.50
Keglevich zu 10 fl. „	12.25	12.75
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.—	12.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 6%	86.10	86.25
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 4½%	86.15	86.40
Hamburg, für 100 M. B. 4%	76.80	77.—
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	102.70	103.20
Paris, für 100 Francs 5%	41.—	41.—

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	4	91	4	92
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	4	91	4	92
Krone	—	—	—	—	—	—	—	—
20 Francstücke	8	32	—	—	8	31	8	32
Russische Imperiale	—	—	—	—	8	50	8	53
Silber	—	—	—	—	102	—	102	10

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

Beilage

Amtsblatt.

Nr. 327. **Kundmachung** (153. 3)

in Betreff der

Ausfolgung neuer Couponsbogen zu den siebenbürgischen Grundentlastungs-Obligationen.

Am 1. Juli 1866 ist der letzte der den siebenbürgischen Grundentlastungs-Obligationen beigegebenen Coupons fällig und es tritt die Nothwendigkeit ein, diese Obligationen mit neuen Couponsbogen zu versehen.

In Bezug auf die Hinausgabe dieser neuen Couponsbogen werden folgende Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1. Die Ausgabe der neuen Couponsbogen hat am 1. Juli 1866 zu beginnen.
2. Die Couponsbogen können nicht nur bei der Grundentlastungsfondscasse in Hermannstadt, sondern auch in Wien bei der II. Abtheilung der k. k. Staats-Centralcasse (Staats-Depositencasse), dann bei den, als Grundentlastungsfondscassen fungirenden landesfürstlichen, beziehungsweise landschaftlichen Cassen in Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Laibach, Innsbruck, Prag, Brünn, Troppau, Görz, Triest, Parenzo, Lemberg, Krakau, Czernowitz, Ofen und Agram, endlich bei der k. k. Landeshauptcasse in Temesvar, bei den k. k. Filialcassen in Preßburg, Oedenburg, Kaschau, und bei der k. k. Sammlungscasse in Großwardein behoben werden.
3. Wollen die Couponsbogen vom 1. Juli 1866 ab bei der Grundentlastungsfondscasse in Hermannstadt behoben werden, so sind zu diesem Behufe die Original-Schuldverschreibungen bei dieser Casse zu produciren, und dieselbe wird, wenn gegen die Ausfolgung der Couponsbogen kein Anstand obwaltet, selbe gegen ungestempelte Empfangsbestätigung ausfolgen, zugleich aber die geschehene Erfolgung auf den Obligationen ersichtlich machen.
4. Wenn die Couponsbogen bei einer der übrigen im Absatze 2 bezeichneten Cassen erhoben werden wollen, so sind vom 1. Juli 1866 ab die Original-Obligationen mittelst einer in triplo beizubringenden Consignation bei jener Casse zu überreichen, bei welcher die Erhebung der Coupons beabsichtigt wird. Diese Casse wird den Obligationen die Anmeldungsclausel aufdrücken, dieselben der Partei zurückstellen, sich sodann wegen Ueberkommung der Couponsbogen an die Grundentlastungsfondscasse in Herrmannstadt wenden, und wenn kein Anstand obwaltet, die Coupons nach deren Einlangen der Partei gegen abermalige Producirung der Original-Obligationen, dann gegen Beibringung einer ungestempelten Empfangsbestätigung, und gegen Vergütung der für die Uebersendung entfallenden Gebühr ausfolgen, nachdem die Erfolgung auf den Obligationen ersichtlich gemacht wurde.

   Die Gebühr wird für jede Sendung nebst der unveränderlichen Grundtaxe von 15 Kreuzern, mit der Hälfte des tarifmäßigen Werthporto bemessen.
5. Jene Parteien, welche die Couponsbogen bei der Staats-Depositencasse in Wien (Singerstraße, Bankogebäude) zu erheben wünschen, können sich übrigens bei der letzteren schon innerhalb des Zeitraumes vom 1. Februar bis Ende April 1866 unter Beibringung der Original-Obligationen und einer einfachen Consignation anmelden.

   Die Anmeldung während dieses Zeitraumes enthebt von der Zahlung der ad 4 erwähnten Gebühr und beginnt die Ausfolgung der Couponsbogen hinsichtlich der im obigen Zeitraume erfolgten Anmeldungen gegen abermalige Beibringung der Original-Obligationen und einer ungestempelten Empfangs-Bestätigung am 1. Juli 1866.

   Erfolgt die Anmeldung nicht in den oben genannten drei Monaten, so finden vom 1. Juli 1866 an die ad 4 angeführten Bestimmungen Anwendung.
6. Hinsichtlich jener Obligationen, welche bei der priv. österreichischen Nationalbank in Wien, oder deren Filialen verpfändet oder deponirt sind, wird die Nationalbank, beziehungsweise deren Filiale, wenn die Partei bei derselben darum ansucht, die Erhebung der neuen Coupons selbst veranlassen.
7. Behufs der Erlangung der Couponsbogen zu jenen Obligationen, welche sich bei den Waisencommissionen, beziehungsweise bei den Waisenämtern, und in gerichtlicher Aufbewahrung befinden, bleibt es in der Regel den betreffenden Vermögensverwaltern, welchen sonst auch die einzelnen Coupons zur Verfallszeit ausgefolgt werden, überlassen, sich die zeitweilige Erfolgung der deponirten Obligationen, zum Zwecke der Couponsbogen-Erhebung, beziehungsweise Anmeldung zu erwirken; nur bezüglich jener, namentlich in Siebenbürgen deponirten Obligationen, von welchen die verwahrenden Aemter die einzelnen Coupons zur Verfallszeit sonst selbst zu realisiren pflegen, haben sich diese Aemter wegen Erlangung der Couponsbogen unter Beibringung der Original-Obligationen an die Grundentlastungsfondscasse in Hermannstadt zu wenden.
8. Die Blanquetten zu den Consignationen werden bei den betreffenden Cassen unentgeltlich verabfolgt.

Von der k. siebenbürgischen Hofkanzlei.

Z. 3986. **Kundmachung.** (169. 3)

Der galizische Landtag hat in Betreff der Einhebung der Landeszuschläge für das Jahr 1866 unterm 19. December 1865 nachfolgenden Beschluß gefaßt:

Artikel I.

Die bisherigen Zuschläge zu den directen Steuern mit $11\frac{1}{2}$ Kreuzer jährlich von einem jeden Gulden der directen Steuern für den Landesfond und 51 Kreuzer jährlich für den Grundentlastungs-Fond ohne Einrechnung des Kriegszuschlages werden auch im 1. Quartale des V. J. 1866 in der bisherigen Weise eingehoben.

Artikel II.

Dieser Beschluß kann den Beschlüssen nicht präjudiciren, welche der Landtag bei Feststellung des Voranschlags für das Jahr 1866 bezüglich der oberwähnten Zuschläge selbst in Betreff des ersten Quartals 1866 fassen sollte, und hat in keinem Falle länger verbindliche Kraft, als bis Ende März 1866.

Laut h. Staatsministerial-Erlasses vom 9. d. Mts. Z. 161/St. M. haben Se. k. k. Apostolische Majestät mit a. h. Entschließung vom 8. d. M. die oberwähnte, vom galizischen Landtage für das 1. Quartal 1866 beschlossene Umlage zu genehmigen geruhet, was hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Bezüglich der vom 1. Jänner 1866 beginnenden Einhebung und Verrechnung dieser Steuer-Zuschläge, ferner der Einkommensteuern von jenen stehenden Bezügen, welchen nach der a. h. Entschließung vom 25. November 1858 und der in Folge derselben erflossenen speciellen Bestimmungen (Verordnungsblatt des Finanz-Ministeriums Nr. 62 ex 1858 und Nr. 18 ex 1859) die Befreiung von der Entrichtung der Landes- und Grundentlastungs-Zuschläge nicht zukommt, werden die nöthigen Verfügungen getroffen.

Von der k. k. Statthalterei.

Lemberg, am 28. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

Galicyjski sejm krajowy powziął co do poboru dodatków krajowych za rok 1866 pod dniem 19 grudnia 1865 następującą uchwałę:

Artykuł I.

Dotychczasowe dodatki do podatków stałych, po $11\frac{1}{2}$ centów rocznie od każdego złotego austr. do podatku stałego na fundusz krajowy, a po 51 centów rocznie na fundusze indemnizacyjne bez wliczenia dodatku wojennego wynoszące, będą i w pierwszym kwartale roku administracyjnego 1866 tak jak dotąd pobierane.

Artykuł II.

Uchwała ta nie może przesądzać uchwałom, jakieby sejm przy uchwaleniu budżetu na rok 1866 co do pomienionych dodatków nawet względem pierwszego kwartału roku 1866 chciał powziąść, w żadnym zaś razie nie obowiązuje dłużéj, jak do końca marca 1866 roku.

Podług dekretu wysokiego Ministerstwa stanu z 9 b. m. l. 161/M. S. raczył Jego c. k. Apostolska Mość najw. postanowieniem z 8 t. m. zatwierdzić najłaskawiéj wyż wspomniony, przez galic. sejm krajowy na 1 kwartał 1866 r. uchwalony podatek, co się niniejszém podaje do wiadomości powszechnéj.

Co do rozpoczynającego się od 1 stycznia 1866 poboru i obliczenia tych dodatków podatkowych, tudzież podatków dochodowych od takich płac stałych, którym podług najw. postanowienia z 25 listopada 1858 i wydanych na mocy jego szczegółowych postanowień, (Dziennik rozporządzeń Ministerstwa finansów nr. 62 z r. 1858 i nr. 18 z r. 1859) nie przysługa uwolnienie od opłaty dodatków krajowych i indemnizacyjnych, będą wydane potrzebne rozporządzenia.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, 28 stycznia 1866.

L. 23706. **Edykt.** (173. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem masę spadkową Wincentego Dunikowskiego, a względnie jego możliwych z imienia, życia i miejsca pobytu niewiadomych spadkobierców, że przeciw nim p. Edward Jaszczurowski o orzeczenie, że prawo zastawu dla sum 1113 złr. 12 kr. m. k. i 20 złr. 36 kr. m. k. w stanie biernym dóbr Połom małe w obwodzie niegdyś Bocheńskim a obecnie Krakowskim położonych wedle dom. 23, p. 162, n. 6 et 7 on. na rzecz Wincentego Dunikowskiego, a względnie jego masy spadkowéj zaintabulowane najdłuższém przedawnieniem wygasło, a zatém z tych dóbr wyekstabulowaném być winno, dnia 14 grudnia 1865 do l. 23706 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu do ustnéj rozprawy wyznacza się termin na dzień 13 marca 1866 o godzinie 10 przed południem.

Gdy miejsce pobytu pozwanych jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak równie na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Kańskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém ces. kr. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 19 grudnia 1865.

L. 359. **Edykt.** (174. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem sukcesorów Ludwiki z bar. Laryszów ks. Sułkowskiéj, sukcesorów Karoliny z Borowskich Łąckiéj t. j. Fortunata, Antoniego, Michała, Ignacego, Maryannę i Weronikę Łąckich, spadkobierców Jadwigi z Wilkońskich Borowskiéj, że przeciw nim o ekstabulacyę sumy 270200 złp., a względnie po wyekstabulowaniu sumy 150000 złp. powstałéj reszty takowéj z hipoteki dóbr Skawy i Naprawy wraz z suboneracyą, p. Kalikst br. Borowski na dniu 7 stycznia 1866 do l. 359 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu do rozprawy podług przepisów o postępowaniu sądowém ustném termin audyencyonalny na dzień 6 marca 1866, godz 10. rano, w Sądzie tut. wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania tychże pozwanych, jak równie na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Witskiego z podstawieniem p. Dra. Balko kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 9 stycznia 1866.

L. 885. **Edykt.** (177. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. G. Kolberga, że przeciw niemu p. Michał Eibenschütz w Krakowie na dniu 15. Stycznia 1866 L. 885 o zapłacenie sumy wekslowéj 312 złr. 75 kr. w. a. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu uchwałą z dnia 16. stycznia 1866 L. 885 poleconém zostało pozwanemu G. Kolbergowi, aby sumę wekslową 312 złr. 75 kr. w. a. z procentem po 6% od dnia 1. Maja 1865, tudzież koszta w kwocie 9 złr. 1 kr. w. a. panu Michałowi Eibenschützowi w trzech dniach pod rygorem egzekucyi wekslowéj wypłacił lub w tym samym terminie, jeżeliby miał jakie zarzuty, takowe do Sądu wniósł.

Gdy miejsce pobytu pozwanego G. Kolberga nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd Krajowy w celu zastępowania pozwanego G. Kolberga, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. kr. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 16 stycznia 1866.

L. 1849. **Edykt.** (178. 3)

C. k. Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Maryą hr. Sierakowską i masę leżącą śp. Wacława hr. Sierakowskiego że przeciw nim p. Ludwika z hr.-Żelińskich 1go ślubu Br. Borowska 2go Wężykowa o ekstabulacyą wzajemnego prawa dożywocia Romana i Teressy hr. Sierakowskich w stanie biernym dóbr Rokiciny dom. 63 p. 20 n. 11 i 12on, tudzież dom. 63, p. 21 n. 13 on., na rzecz Józefa i Wacława hr. Sierakowskich zaintabulowanego ze stanu biernego tych dóbr dnia 28. stycznia 1866 do L. 1849 wniosła pozew, w załatwieniu któregoto pozwu audyencya sądowa na dzień 20. Marca 1866 o godz. 10. rano wyznaczoną została.

Gdy miejsce pobytu pozwanéj Maryi hr. Sierakowskiéj jest nieznane, przeto c. k. Sąd Krajowy w celu zastępowania pozwanéj, jak również na koszt i niebezpieczeństwo téjże tutejszego adwokata p. Dra. Kańskiego dodając mu na zastępcę Dra. Kucharskiego kuratorem nieobecnéj ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanéj, aby w wyż oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niéj zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrała i o tém c. k. Sądowi Krajowemu doniosła, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych środków prawnych do obrony użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Kraków, dnia 30 stycznia 1866.

L. 2107. **Edykt.** (175. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynberga, że przeciw niemu p. Abisch Schmeidler o zapłacenie sumy wekslowéj 312 złr. w. a. na dniu 31 stycznia 1866, do l 2107 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu poleconém zostało dłużnikowi p. Dawidowi Tynbergowi uchwałą z dnia 5 lutego 1866, aby sumę wekslową 312 złr. w. a. z przyn. w 3 dniach pod surowością egzekucyi wekslowéj p. Abischowi Schmeidlerowi wypłacił, lub zarzuty wniósł.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego Dawida Tynberga, jak równie na koszt i niebespieczeństwo tegóż tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł. w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 5 lutego 1866.

L. 24184. **Edykt.** (176. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Józefę Schenderę, że w sporze wekslowym o sumę 65 złr. w. a. przeciw niéj prowadzonym powód Wolf Genger, prawonabywca Chaima Rebena na dniu 19 grudnia 1865 prośbę protokolarną o odroczenie terminu do dupliki wniósł, w załatwieniu któréj Sąd nowy termin do dalszego postępowania na dzień 13 marca 1866 wyznaczył.

Gdy miejsce pobytu pozwanéj nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanéj Józefy Schendery, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo téjże tutejszego adwokata Dra. Zuckra kuratorem nieobecnéj ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanéj, aby w wyż oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niéj zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrała i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniosła, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środkow prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki samą sobie przypisaćby musiała.

Kraków, dnia 30 grudnia 1865.

L. 886. **Edykt.** (151. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera (vel Tynberga), iż przeciw niemu na dniu 15 stycznia 1866 do l. 886 p. Michał Eibenschütz o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 520 złr. w. a. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu mocą uchwały z dnia 16 stycznia 1866 l. 886 poleconém zostaje pozwanemu sumę wekslową 520 złr. w. a. z procentem po 6% od dnia 16 listopada 1865, jak również koszta 9 złr. 21 kr. w. a. w przeciągu dni trzech pod rygorem egzekucyi wekslowéj p. Michałowi Eibenschützowi wypłacić, lub w tym samym terminie zarzuty, jeżeliby miał jakie, takowe do Sądu wnieść.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Tynbergera nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego Dawida Tynbergera, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajow. doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musiał,

Kraków, dnia 16 stycznia 1866.

N. 887. **Edykt.** (172. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera (vel Tynberga), że przeciw niemu na dniu 15 stycznia 1866, do l. 887 p. H. Eibenschütz w Krakowie o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 520 złr. w. a. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu na dniu 16 stycznia 1866 l. 887 wydany został nakaz zapłaty sumy wekslowéj 520 złr. w. a. wraz z procentem po 6% od dnia 30 maja 1864, tudzież kosztów w kwocie 9 złr. 21 kr. w. a., a to w dniach 3 pod rygorem egzekucyi wekslowéj, w którym atoli terminie pozwany także zarzuty, jeżeliby miał jakie, do Sądu wnieść ma.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Tynberga nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Ko-

czyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 16 stycznia 1866.

N. 1720. **Edict.** (157. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe die Firma Dr. Schlesinger et Söhne in Gleiwitz wider Therese Gräfin Bobrowska wegen Zahlung der Wechselforderung pr. 2000 Thlr. preuß. s. N. G. unterm 26. Jänner 1866 Z. 1720 Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag der Summe pr. 2000 Thlr. preuß. sammt N. G. am 29. Jänner 1866 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu ihrer Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Geissler als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 29. Jänner 1866.

L. 1153. **Edykt.** (148. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera, że przeciw niemu Selde Mandelbaum dnia 19 stycznia 1866 l. 1153 o zapłacenie sumy wekslowéj 615 złr. w. a. z przyn. wniosła pozew.

Gdy miejsce pobytu pozwanego jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego z zastępstwem p. Dra. Machalskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zakresie 3 dni albo sam wniósł zarzuty, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 22 stycznia 1866

L. 884. **Edykt.** (149. 3)

Ces. królewski Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynbergera (vel Tynberga), że przeciw niemu na dniu 15 stycznia 1866 l. 884 p. Michał Eibenschütz w Krakowie o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 253 złr. 33 kr. w. a. z przyn. wniósł pozew; w załatwieniu tegóż pozwu mocą uchwały z dnia 16 stycznia 1866 l. 884 poleconém zostało, aby p. Michałowi Eibenschützowi sumę 253 złr. 33 kr. w. a. z procentem po 6% od sta od dnia 9 listopada 1865, tudzież koszta w kwocie 8 złr. 21 kr. w. a. w 3 dniach pod rygorem egzekucyi wekslowéj wypłacił, lub w tym samym terminie, jeżeliby miał jakie zarzuty, takowe do Sądu wniósł.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Dawida Tynbergera Sądowi nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adw. p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 16 stycznia 1866.

Nr. 2352. **Edykt.** (159. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Władysława Kowalskiego, że przeciw niemu pan Hirsch Gutmann wniósł pod dniem 4 Lutego 1866 L. 2352 pozew wekslowy o nakaz zapłaty sumy wekslowéj 260 Złr. w. a. z przyn., w załatwieniu którego pozwu pod dniem dzisiejszym nakaz zapłaty sumy 260 Złr. w. a. z przyn. wydany został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Władysława Kowalskiego wiadomém nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Rydzowskiego kuratorem z podstawieniem jako substytuta p. Dra. Geisslera nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 5 lutego 1866.

L. 22346. **Obwieszczenie.** (160. 3)

Ces. król. Sąd krajowy podaje niniejszém do publicznéj wiadomości, iż w drodze egzekucyi prawomocnego wyroku z dnia 21 Listopada 1864 L. 19483 celem zaspokojenia przyznanéj p. Teofili z Baronów Lewartowskich Likowéj sumy 210 dukatów austryjackich ważnych lub wartości tychże w banknotach austryjackich podług kursu na dniu wypłaty istniejącego wraz z procentami po 5% od dnia 19 czerwca 1861 aż do dnia rzeczywistéj wypłaty owego kapitału obliczyć się mającemu, kosztami sporu w kwocie 11 Złr. 76 kr. w. a., kosztami egzekucyi w kwotach 6 Złr. 66 kr. i 5 Złr. 37 kr. w. a. już przyznanemi jakotéż kosztami obecnie w kwocie 42 Złr. 59 kr. w. a. przyznającemi się dozwala publiczną sprzedaż połowy realności N. 530 lit. B. G. IV / 370 Dz. I w Krakowie położonéj, według ks. gł. Gm. IV vol. ant. 2 pag. 542 n. 1 haer. p. Scholastyki 1go ślubu Chorubskiéj, 2go ślubu Tarnowskiéj własnéj i to w trzech terminach na dniu 24 lutego, 24 marca i 27 kwietnia 1866 każdą razą o godzinie 10 przed południem odbyć się mających pod następującemi warunkami:

Za cenę wywołania ustanawia się sądownie oznaczona wartość połowy téjże realności w kwocie 3674 złr. 80 kr. w. a.

Realność ta na piérwszych trzech terminach niżéj ceny szacunkowéj sprzedaną nie będzie.

Chęć kupna mający złoży przed rozpoczęciem licytacyi do rąk komissyi licytacyjnéj jako wadyum kwotę 360 złr. w. a. w gotówce lub w obligacyach państwa albo w listach zastawnych galicyjskiego towarzystwa kredytowego wraz z kuponami, a to według ostatniego krakowskiego kursu, jaki w gazecie krakowskiéj notowany będzie.

Reszta warunków, wyciąg hypoteczny i akt oszacowania w registraturze sądowéj przejrzane być mogą.

O tém zawiadamia się obydwie strony i wierzycieli hypotecznych z miejsca pobytu wiadomych do własnych rąk, zaś tych wierzycieli, którzyby pd dniu 16. listopada 1865 do hipoteki weszli lub którymby rezolucya obecna przed terminem licytacyi wcale nic lub dosyć na czas doręczoną być nie mogła, na ręce kuratora, którego im się w osobie p. adwokata Dra. Machalskiego z substytucyą p. adwokata Dra. Schönborna wyznacza.

Kraków duia 18. Grudnia 1865.

L. 825. **Obwieszczenie.** (150. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Mojżesz Rittermann przeciw pp. Józefowi Kotarskiemu i Adamowi Osieckiemu względem zapłacenia sumy wekslowéj 1050 złr. z przyn. pod dniem 15 stycznia 1866 l. 825 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, wskutek czego nakaz zapłaty pod dniem dzisiejszym został uchwalony.

Ponieważ pobyt zapozwanego Adama Osieckiego jest niewiadomy, przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebespieczeństwo zapozwanego tutejszego p. adw. Dra. Bandrowskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy wekslowéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanemu, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońcę obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczéj z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 18 stycznia 1866.

L. 20. **Edykt.** (154 3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski publicznie ogłasza, iż celem zaspokojenia 2/3 części ceny kupna, przedanych 4/5 części dóbr Gorzejowy górnéj i średniéj w kwocie 6430 Złr. wal. austr. tudzież procentów 5% od téjże części ceny kupna za czas od 19 grudnia 1864 się należących, nareszcie kosztów egzekucyi, panu Bolesławowi Goławskiemu w ilości 10 Złr. 30 kr. a p. Franciszkowi Ksaw. Zassowskiemu w ilości 20 Złr. 87 kr. wal. austr. przyznanych, relicytacyę 4/5 części dóbr Gorzejowy górnéj i średniéj na koszt i niebezpieczeństwo niedotrzymującéj kontraktu nabywczyni pani Ludwiki Machnickiéj pod warunkami, edyktem z dnia 31 grudnia 1864 L. 16737 ogłoszonemi w jednym terminie a to w dniu 19 marca 1866 o godzinie 10 zrana z tém dozwala dołożeniem, iż owe części rzeczonych dóbr w powyższym terminie i niżéj ceny szacunkowéj w sumie 35684 Złr. 12 kr. w. a. wypośrodkowanéj, za złożeniem wadyum w kwocie 1780 Złr. w. a. gotówką w galicyjskich listach zastawnych lub w obligacyach indemnizacyjnych i innych papierach rządowych, według ich wartości kursowéj zostaną sprzedane.

Celem przeglądu reszty warunków licytacyi, wyciągu hipotecznego i aktu oszacowania odséła się chęć kupienia mających do t. s. registratury.

O czém strony w sporze będące, nabywczynię pomienionych części dóbr, wierzycieli hipotecznych, wierzycieli z życia i miejsca pobytu niewiadomych, jako to: Annę Pochorecką i jéj dzieci, Salomeję, Józefa, i Leopolda Pochoreckich, jako reprezentantów pozostałości po Zuzannie Krzyżanowskiéj, nieznajomych pupillów Jana Pochoreckiego, Kajetana i Antoninę Witowskich, Felicyę i Maryannę Witowskie, Apolonię Szachłacką, Feliksa Dyzmę 2 imion Witowskiego i Jana Gumińskiego, tudzież wszystkich wierzycieli, którzy, z wierzytelnościami swemi poźniéj do hipoteki weszli lub którymby obecną uchwałę z jakiegokolwiek bądź powodu niedoręczono, przez ustanowionego kuratora p. adw. Dr. Bandrowskiego z substytucyą p. adw. Dra. Jarockiego i przez edykta zawiadamia się.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów dnia 11 stycznia 1866.

Nr. 1712. **Edict.** (158. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem J. Frühling mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Osias Weiss unterm 27. Jänner 1866 wegen Zahlung der Wechselsumme von 340 fl. ö. Währ. die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 29. Jänner 1866 der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten J. Frühling unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Landes-Advocaten Dr. Hoborski mit Substituirung des Hrn. Landes-Advocaten Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 29. Jänner 1866.

Nr. 526. **Edict.** (155. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Stanislaus Baron Konopka, Scheindel Bau wegen Bezahlung der Wechselsumme von 1000 fl. ö. W. s. N. G. am 30. Mai 1865 z. Z. 7934 Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag vom 1. Juni 1865, Z. 7934, erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Herrn Stanislaus Baron Konopka unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu Tarnow zur Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvocaten Hrn. Dr. Kaczkowski mit Substituirung des Landesadvocaten Hrn. Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, den 15. Jänner 1866.

Z. 1256. **Edict.** (156. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Stanislaus Baron Konopka mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Mirl Hirsch wegen Zahlung der Wechsel-Summe per 2000 fl. s. N. G. unterm 22. Jänner 1866 Z. 1256 die Wechsel-Klage angebracht und um Erlassung der Zahlungsauflage gebeten, worüber mit h. g. Beschlusse vom Heutigen die Zahlungsauflage erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Stanislaus Baron Konopka unbekannt ist, so hat das Tarnower k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Dr. Kaczkowski mit Substituirung des Advocaten Dr. Hoborski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, 25. Jänner 1866.

Z. 20256. **Edict.** (168. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gemacht, es werde der über das gesammte Vermögen des Chaim Kleinhändler, Hauseigenthümers und Productenhändlers unterm 22. Juni 1865 z. Z. 7912 eröffnete Concurs, in Gemäßheit hoher Entscheidung des k. k. Krakauer Oberlandesgerichtes vom 14. November 1865 Z. 15595 unter Einem aufgehoben.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 11. Jänner 1866.

Z. 1004. **Kundmachung.** (152. 3)

Mit 1. März 1866 tritt im Marktorte Uścieszko eine k. k. Postexpedition ins Leben.

Dieselbe wird sich mit dem Briefpost-Dienste und mit der postämtlichen Behandlung von Geld- und sonstigen Werthsendungen bis zum Einzelngewichte von 3 Pfund zu befassen und mit dem Postamte Tłuste zum Anschluße an die und von den Malleposten Lemberg-Czernowitz und Czernowitz-Lemberg mittelst täglichen Fußbotenposten mit nachfolgender Coursordnung in Verbindung zu stehen haben:

Von Uścieszko
täglich um 3 1/2 Uhr Nachm.
In Tłuste
täglich um 6 1/2 Uhr Abends.
Von Tłuste
täglich um 6 Uhr Früh.
In Uścieszko
täglich um 9 Uhr Vormittags.

Die Entfernung zwischen Uścieszko und Tłuste beträgt 2 Meilen.

Der Bestellungsbezirk der Postexpedition Uścieszko hat aus folgenden Orten zu bestehen:

a) im politischen Bezirke Uścieszko: Czerwonogród, Iwańce, Nagorzany, Nyskow, Słonne, Szutromińce, Torskie und Uścieszko.
b) im politischen Bezirke Jazłowiec: Drohyczówka, Latacz, Sadki.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 4. Februar 1866.

L. 3567. **Obwieszczenie.** (170. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Podgórzu podaje do wiadomości, że na dniu 3 marca, 7 kwietnia i 5 maja 1866 roku, każdą razą o godzinie 10 przed południem, przedsięwziętą będzie w Podstolicach w drodze licytacyi publicznej przymusowa sprzedaż realności pod nr. 41 w Podstolicach położonéj, składającéj się z domu, stodoły i gruntu w objętości 4 morgów 992 kw. sążni, oraz jednego konia i czterech krów, a to na zaspokojenie sumy 404 złr. 25 kr. w. a. z przyn. Stanisławowi Kozłowi przeciw spadkobiercom ś. p. Andrzeja Bały przyznanych.

Cena szacunkowa realności wynosi 260 złr. w. a., cena szacunkowa konia i krów łącznie wynosi 205 złr. wal. austr.

Realność ryczałtowo, koń i krowy zaś pojedynczo będą sprzedawane.

Przystępujący do licytacyi realności będą obowiązani złożyć do rąk komisyi licytacyjnéj 10% ceny szacunkowéj jako wadyum.

Przy pierwszych dwóch terminach nastąpi sprzedaż tylko za cenę szacunkową lub cenę wyższą, przy trzecim terminie także poniżéj ceny szacunkowéj.

Warunki licytacyi w całéj swéj osnowie w registraturze sądowéj przejrzane lub w odpisie wyjęte być mogą.

Podgórze, dnia 18 grudnia 1865.

Nr. 3955. **Edict.** (179. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Sokołów wird bekannt gemacht, es sei Moses Schütz im Jahre 1861 und Sara Blume Schütz im Jahre 1840, beide ohne eine Verfügung auf den Todesfall in Sokołów verstorben. Da dem k. k. Bezirksgerichte der nunmehrige Aufenthaltsort des zur Erbschaft berufenen Markus Abraham Schütz nicht bekannt ist, wird derselbe aufgefordert, binnen Einem Jahre und 6 Wochen bei diesem k. k. Bezirksamte als Gerichte sich anzumelden, widrigens die Nachlaßabhandlung mit dem unter Einem behufs Wahrung seiner Rechte aufgestellten Curator Hr. Jakob Schindelheim aus Sokołów abgehandelt werden wird.

Vom k. k. Bezirksgerichte.

Sokołów, den 19. Dezember 1865.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**